Appell an die Gewerkschaften:

Keine Unterstützung von Rüstung und Krieg!

Die VVN/BdA teilt die Kritik von Friedensgruppen an der zunehmenden Vereinnahmung friedenspolitischer Begriffe durch Vertreter kriegerischer »Konfliktlösungen«.

Die bei einem Treffen mit dem DGB-Bundesvorstand am 5. Februar 2013 abgegebene Erklärung von Minister de Maiziére, die Bundeswehr sei Teil der Friedensbewegung, ist blanker Zynismus. Wir sehen das Streben des DGB nach einer engeren Zusammenarbeit mit der Bundeswehr als einen großen Rückschritt an, der in krassem Widerspruch zu dem starken Engagement der Gewerkschaften für Frieden, Abrüstung und Demokratie steht. Das Bemühen der Gewerkschaften um Erhaltung und Ausbau von Arbeitsplätzen darf nicht zur Rechtfertigung der Rüstungsindustrie und der Kriegspolitik führen. Gerade das aktuelle Streben der Regierung nach Kampfdrohnen und noch mehr Rüstungsexport hätten den DGB nachdenklich machen müssen. In Kauf zu nehmen, dass auch in Zukunft Waffen an menschenrechtsverletzende Regime wie u.a. Saudi-Arabien exportiert werden, stellt das Thema Arbeitsplätze über jegliche moralische Verantwortung! Vielmehr muss die Forderung nach Abrüstung und Konversion der Rüstungsproduktion wieder belebt werden.

Bundesausschuss der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten - Magdeburg, den 10. Februar 2013

Zur Mitgliederentwicklung der VVN-BdA

Eintausend Neue

Sterben wir langsam aus? Viele denken das – und dass die Gesamtmitgliederzahl der VVN-BdA wieder einmal gesunken ist, wie sich bei der jährlichen Umfrage unter den Landesvereinigungen herausstellte, stimmt in der Tat traurig. Die VVN-BdA ging in das Jahr 2013 mit 6361 zahlenden Mitgliedern hinein. Das waren 164 weniger als ein Jahr zuvor.

Um diese Zahlen richtig einschätzen zu können, muss man aber mehr wissen. Die Zahl 164 ergibt sich aus der Differenz von Zugängen (227) und Abgängen (391). Die Veränderungen sind also größer als es zunächst den Anschein hat.

Blickt man auf die Periode der letzten fünf Jahre, verstärkt sich dieser Eindruck noch erheblich. Tatsächlich hat die VVN-BdA in diesem Zeitraum sogar 2.000 ihrer Mitglieder verloren und zwar im Wesentlichen durch Tod. Bei einem Großteil von ihnen handelte es sich um jahrzehntelange Mitglieder der VVN-BdA (aus der alten Bundesrepublik), bzw. des IVVdN, der das Erbe des »Komitees antifaschistischer Widerstandskämpfer der DDR« übernommen hatte. Mit ihnen haben wir nicht nur sehr viele ehemalige Verfolgte des Nazi-Regimes verloren, sondern auch Kontinuität in unseren eigenen Reihen. Allerdings muss eingeschränkt werden, dass diese Kontinuität jeweils in den Vorgängerorganisationen in Ost und West »erarbeitet« wurde, nicht im Gesamtverband, den es ja erst seit 2002 gibt.

»Normalisierung«

Die Verluste durch Tod haben sich in den letzten Jahren absolut und relativ verringert. Statt wie in früheren Jahren die nahezu ausschließliche Ursache für Mitgliederrückgang zu sein, ist er nur noch für etwa die Hälfte zuständig. Die VVN-BdA ist dabei sich organisational zu normalisieren, d.h. zu einem Verein zu werden in den man eintritt und – wenn sich die Interessen verändern – wieder austritt. Auch persönliche Ausgabeneinschränkungen können dazu führen, dass die Mitgliedschaft bei uns beendet wird. Nur sehr wenige Austritte sind politisch begründet. Ausschlüsse gab es gar nicht.

1161 mehr

Im Zeitraum 2008 – 2012 haben wir gleichzeitig beeindruckende 1161 neue Mitglieder aufgenommen. Etwa jedes sechste Mitglied unseres Verbandes ist damit höchstens fünf Jahre dabei und kennt weder die »alte« VVN-BdA noch den IVVdN aus eigenem Erleben. Aussagen über das Warum und Woher dieser neuen Mitglieder sind schwer zu treffen, da die Mitgliedererfassung in unseren 16 Landesvereinigungen erfolgt und zwar in unterschiedlicher Detailfreude. Sofern sie über das Online-Mitgliederformular erfolgen, was für ein Drittel der Neuen der Fall ist, können Aussagen über die Altersverteilung getroffen werden. Mitglied wird bei uns in der Regel wer ein klein wenig älter ist. Das wichtigste »Eintrittsjahrzehnt« ist das von 25 bis 35 Jahren, aber die Neuen verteilen sich auf ein breites Altersspektrum bis zu etwa 60 Jahren. Das ist auch finanziell von Bedeutung, da ältere Neumitglieder meist wesentlich mehr Beitrag bezahlen. Es findet nicht einfach ein Generationenübergang, sondern ein Sprung statt.

Häufig werden Mitglieder im 8. oder noch älterem Lebensjahrzehnt durch »Zwanziger« oder »Dreißiger« ersetzt, die natürlich einen völlig anderen Lebenshorizont, kulturelle Interessen usw. mitbringen. Etwa ¾ der neuen Mitglieder sind männlich, nur ¼ weiblich. Diese Aussage ist aber vielleicht nicht allgemeingültig, da Nutzungsgewohnheiten beim Medium »Internet« geschlechtsspezifisch unterschiedlich sind.

Unterschiedliche Entwicklungen

Für die einzelnen Landesvereinigungen stellt sich die Situation sehr unterschiedlich dar was den Frust erklärt, der in dieser Frage mancherorts herrscht.

Von der Vorstellung einer simplen Ost-West-Unterscheidung muss man Abschied nehmen, auch wenn dieses Kriterium immer noch eine Rolle spielt. Besorgniserregend ist die Entwicklung seit Jahren insbesondere in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, aber auch dem Saarland. Großen Verlusten durch Tod stehen nur wenige Neuaufnahmen gegenüber.

In Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern macht sich der hohe Altersdurchschnitt ebenfalls durch zahlreiche natürliche Abgänge bemerkbar. Dort gleichen aber zahlreiche neue Mitglieder dies ganz oder teilweise aus.

Die zahlenmäßige Stärke der meisten Landesvereinigungen ist über die Jahre fast konstant geblieben, insbesondere mit Baden-Württemberg (1182) und NRW (942) auch die unserer beiden größten.

Im vergangenen Jahr sind die LVs Bayern, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz leicht gewachsen. Die höchste Zahl von Neuaufnahmen hatte Berlin (35), gefolgt von Bayern und NRW (je 32). Ebenfalls gleich mit 165 blieb die Anzahl unserer Kreisvereinigungen bzw. Basisorganisationen. Zwischen den Kreisvereinigungen innerhalb der Landesvereinigungen bestehen wiederum erhebliche Unterschiede in punkto Mitgliederentwicklung. Politische Aktivität vor Ort setzt sich nicht automatisch in neue Mitglieder um, ist aber deren Basis. Ein Teil der neuen Mitglieder kennt die für sie zuständige lokale VVN-BdA Gruppe zunächst gar nicht. Sie sind aus Sympathie für die VVN-BdA als Ganzes eingetreten. Es gibt sowohl neue Mitglieder, die bewusst nur „zahlend“ sind als auch solche, die darüber hinaus etwas tun wollen. Wie werden diese potentiellen Aktivisten integriert? Auch das ist wiederum recht verschieden und hängt maßgeblich davon ab, ob sich interessante Aufgaben in der Kreisvereinigung finden und ob die »alten« bereit sind, den »neuen« auf Augenhöhe zu begegnen.

Thomas Willms



Antifaschistischen Nordkonferenz 2013 in Heideruh

So wird Flagge zeigen geübt

Ein gehaltvolles und interessantes Bildungsseminar bot die diesjährige Nordkonferenz in Heideruh am 1./3. März den gut dreißig Kameradinnen und Kameraden aus den norddeutschen VVN/BdA-Strukturen.

Monty Schädel (polit. Geschäftsführer DFG/VK) hielt aus friedensbewegtem Blickwinkel ein eindringliches Plädoyer für eine Verstärkung der antimilitaristischen Arbeit insbesondere in der Jugend.

In seiner Präsentation zeigte er, wieweit bereits die Militarisierung der bundesdeutschen Gesellschaft fortgeschritten ist. Die Entsendung von 300 Soldaten als Drohkulisse in die Türkei, der kampfbegleitende Einsatz in Mali, die Verteidigung langfristiger Auslandseinsätze in Kundus zeigen, dass die Bundeswehr weltweit am Schutz von Wirtschaftsressourcen beteiligt ist. Monty Schädel wies auf die Umstellungsproblematik hin, die einem deutschen Wehrbeitrag durch die Schaffung einer Freiwilligenarmee erwachsen sind. Verstärkt werden Jugendliche durch Werbung für den Einsatz geködert, in allen Medien, Plakatwänden, über Fernsehen, mit gezielten Postsendungen, durch Jobcenter und Gewerkschaft. Der Schwerpunkt liegt auf Darstellung umfangreicher Karriere- und Ausbildungsmöglichkeiten. Der Trend scheint in Richtung Rekrutierungszentren wie in den USA zu laufen.



Das Haus Heideruh in Buchholz/Nordheide bot wieder eine gute Seminaratmosphäre. *Foto: LoBe*

In acht Bundesländern wurden bereits Kooperationsvereinbarungen über den Einsatz von Jugendoffizieren an Schulen getroffen, entgegen der UN-Konvention gegen den Einsatz von Kindersoldaten.

Die Blockadebewegung als eine Möglichkeit antifaschistischen Handelns

Im weiteren Programm erlebten wir eine spannende Diskussion mit Axel Holz (Bundessprecher), Conny Kerth (unserer Bundesvorsitzenden), André Aden (Recherche Nord) und Monty Schädel zur Aktualität der von Faschisten ausgehenden Gefahren. Axel Holz stellte die Strukturbedingungen und Veränderungen im Auftreten von NPD und sog. Freien Kräften in Mecklenburg-Vorpommern dar. Conny Kerth wies auf Erfolge im antifaschistischen Widerstand gegen die NPD, auf Blockadebewegung gegen Naziaufmärsche insbesondere in Dresden und die NPD-Verbotskampagne hin. Monty Schädel wies auf höchstrichterliche Veränderungen in den Rechtsauffassungen zu Blockaden hin, zugunsten einer erweiterten Meinungsfreiheit. In Sachsen wird nun jedoch, wie es scheint, am Beispiel von Tim, eines nicht so prominenten Blockierers, versucht, ein Exempel zu statuieren, um die seit Brokdorf gewonnene erweiterte Demonstrationsfreiheit wieder zurückzudrängen. André Aden wies auf die faschistische Taktik wiederholter Anmeldungen quer durch den Kalender an unterschiedlichen Orten zur gleichen Zeit hin.

In einem weiteren Themenkomplex wurde die Bedeutung staatlicher Begünstigung der NPD diskutiert, ihre Versuche sich wirtschaftlich freizumachen von der Abhängigkeit von staatlicher Unterstützung, ob finanziell, ob von Auflagen und Verboten. Zur gleichen Zeit laufen staatliche Vertuschungsaktionen bis hin zum Schreddern angeforderter Akten, Nichtinformierung ermittelnder Kripobeamten oder Aussageverweigerung von V-Mann-Führern. Verstärkt wird der Verfassungsschutz in die politische Bildungsarbeit einbezogen, trotz Beutelsbacher Konsens, der Ausgewogenheit verpflichtend macht. Bei aller Bemühung um Offenlegung der braunen Mordspur wird leicht übersehen, dass die NSU-Mordserie in historischer Tradition der Stay-Behind-Strategie im Kalten Krieg, der Operation Gladio, steht, mit dem fortschrittliche politische Entwicklungen in Europa durch militärische Putsche und Wehrwolf-Aktionen verhindert werden sollten.

Für die Vorbereitung und Durchführung der nächsten Nordkonferenz, die vom 14.-16. März 2014 stattfinden soll, wurden bereits zwei Schwerpunkte gesetzt. Ohne 5%-Klausel werden die Europawahlen im Juni 2014 zum Kräftemessen unterschiedlicher faschistischer und rechtspopulistischer Parteigruppierungen. Verstärkt drängen Kameradschaften bundesweit in »die Rechte«, die »Identitären« versuchen sich zum Sammelbecken rechtspopulistischer Kräfte zu entwickeln und die NPD-Kader für den Verbotsfall in eine neue Struktur einzubringen. DP und PRO-Bewegungen haben sich bislang nicht wirklich durchsetzen können. Verstärkt werden sie sich als »Kümmerer« ausweisen wollen.

Raimund Gaebelein (VVN-BdA Bremen)

MITGLIEDER WERBEN!

Zukunftsentwurf Antifaschismus

Die VVN-BdA ist ein überparteilicher Zusammenschluss von Verfolgten des Naziregimes, Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfern, Antifaschistinnen und Antifaschisten aller Generationen.

> **»Die Vernichtung des Faschismus mit seinen Wurzeln, der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.«**

Dass dieser Schwur der befreiten Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald bis heute aktuell bleiben würde, hat damals, im April 1945, niemand geahnt. Er ist unverändert gültiges Leitmotiv der »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten« (VVN-BdA).

Flyer erhältlich bei:

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes –
Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten
VVN-BdA e.V.
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
(+49) 030-29 78 41 74



Sozialkonferenz gegen die Verharmlosung von Gewalt und Rassismus

Wenn Opfer zu Schuldigen gemacht werden

Es ging um die Erinnerung an die absichtsvolle oder fahrlässige Übergabe der Staatsmacht 1933 an die terroristische Nazipartei durch die konservativen Eliten und einen großen Teil der anderen bürgerlichen Parteien und um das Gedenken an die Befreiung des Vernichtungslagers von Auschwitz am 27. Januar 1945. Vor diesem Hintergrund wurden auch in diesem Jahr auf der traditionellen Sozialkonferenz die Entwicklungen und Erscheinungsformen des Neofaschismus in Deutschland in Hannover diskutiert.

Besonders aktuelles Thema der 16. Antifaschistischen Sozialkonferenz in Hannover war das Versagen der Ermittlungsbehörden bei der Aufklärung der grauenhaften Mordserie, die heute dem »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU) zugerechnet werden muss. Jahrelang wurde im Milieu der Opfer und nicht gegen rassistisch motivierte Täter ermittelt. Zum Thema »Ermittlungen zum NSU: Pannen oder Prinzip? Der Verfassungsschutz in der Kritik« hielt Sebastian Edathy (SPD), Vorsitzender des Bundestags-Untersuchungsausschusses ein einleitendes Referat. Er berichtete über die chaotischen Verhältnisse zwischen den insgesamt 36 Behörden und »Diensten«, die mit diesen Ermittlungen befasst waren: Kommunikationsmängel, Konkurrenz, Verschleierung bis hin zur Unterdrückung von Informationen! Er forderte eine grundsätzliche Reorganisation der deutschen »Sicherheitsarchitektur«.

Der Forderung aber, die Verbrechensbekämpfung der Polizei und Justiz zu überlassen, die Auseinandersetzung mit verfassungsfeindlicher Ideologien aber nur im öffentlichen Diskurs und nicht mit geheimdienstlichen Mitteln zu betreiben, d.h. die Ämter für »Verfassungsschutz« abzuschaffen, mochte der SPD-Politiker sich auch in der Diskussion in der folgenden Arbeitsgruppe nicht anschließen.

Organisationen und Bündnisse, die sich neofaschistischen Aufmärschen und Kundgebungen entgegenstellen, haben es oft mit besonders peniblen Auflagen und weitgehenden Einschränkungen seitens der Ordnungsbehörden zu tun – zum Schutz der Demonstrationsfreiheit der Nazis. Deren z.T. offensichtliche Propagandadelikte werden jedoch häufig übersehen. Wesentlich verschärft wurde diese Situation mit der Verabschiedung des neuen Versammlungsrechts für Niedersachsen, gegen das bereits eine Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht anhängig ist.

Zum Thema »Grundrechte an der Leine« sprach der Verwaltungsrichter a.D. Jürgen Dietze. In einer anschaulichen Präsentation beleuchtete er die Rechtsgrundlagen der Praxis von Polizei, Behörden und Gerichten. Er machte dabei unmissverständlich deutlich, dass die einschlägigen Gesetze und Bestimmungen nur im Sinne des Artikels 8 GG zur Versammlungsfreiheit formuliert und ausgelegt werden dürfen (Grundsatz der »Versammlungsfreundlichkeit«). Die häufigen Verstöße dagegen müssten leider oft nachträglich auf dem Klageweg festgestellt werden. In der anschließenden AG wurde noch einmal das große gewerkschaftliche Interesse an einer verfassungskonformen Gestaltung des Versammlungs- und Polizeirechts betont!



Bengt Kiene singt *Fotograf: Reinhold Weismann-Kieser*

Die ideologische Rechtfertigung der hier kritisierten Zustände beleuchtete Friedrich Burschel von der Rosa Luxemburg-Stiftung Berlin unter der Überschrift »rechts = links – Die Extremismustheorie der Mitte«.

Ihren Ursprung habe diese Konstruktion in der »Totalitarismustheorie«, die er als »Gründungsmythos« der Bundesrepublik bezeichnete. Der Schutz der »Freiheitlich demokratischen Grundordnung« vor totalitaristischen Bestrebungen sei jedoch Institutionen übertragen worden, die sich weitgehend aus Personal rekrutierten, das seinen »Antibolschewismus« bruchlos vom NS-Regime in die Bundesrepublik mitgenommen habe. »Spurenelemente« davon seien natürlich heute immer noch vorhanden.

Auf dieser Grundlage sei die heutige Extremismusdoktrin verankert, so der Referent. Im »Hufeisenmodell« steht eine verfassungstreue »Mitte« den Extremismen von »rechts und links« gegenüber, die sich tendenziell berühren. Politisch spiegle sich das im »Extremismuserlass« des Bundesfamilienministeriums, das allen Initiativen gegen Neofaschismus die Förderung verweigert, die nicht bereit sind, sich von »Linksextremisten« zu distanzieren. Kriterium für »Linksextremismus« sind dabei die Berichte der Verfassungsschutzämter.

Akademische Gewährsleute sind die »Sächsische Schule« vertreten durch Ralph Jessen und Uwe Backes im engen Schulterschluss mit Hubertus Knabe, dem wissenschaftlichen Fachbeirat der »Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur«. Für sie gilt »rot = braun«. In der gesellschaftlichen Praxis zeige sich diese Doktrin in einer offenen Begünstigung des Neofaschismus. Als Beispiele führte der Referent die drakonisch Strafe für Tim H. an, der als »Rädelsführer« bei den Blockadeaktionen gegen den faschistischen Trauermarsch in Dresden zu 20 Monaten ohne Bewährung verurteilt wurde.

Er hatte angeblich über Megaphon zu Widerstandsaktionen aufgerufen. Im Kontrast dazu wurde ein Mitglied des gewalttätigen »Sturm 24« aus Bautzen wegen eines brutalen Angriffs auf einen Punk nur auf Bewährung verurteilt.

In der anschließenden AG wurde betont, wie wichtig es sei, gegen die denunziatorischen Berichte der VS-Ämter auch in Einzelfällen juristisch vorzugehen.

Zu Beginn der Konferenz und zwischen den Referaten trat immer wieder der Kabarettist und Sänger Bengt Kiene auf. In wechselnden Rollen, mal als Vertreter einer Ordnungsbehörde, Demonstrationsauflagen verlesend, mal als besorgter Vater, der endlich einen Schlussstrich unter die leidige Nazivergangenheit forderte, mal mit Chansons, die die herrschenden Zustände pointierten, lieferte er den angemessenen kulturellen Rahmen.

Reinhold Weismann-Kieser

Zwei Celler Aktionen gegen Rechts:

Aktionen, die Schule machen sollten

In der heißen Wahlkampfphase im Januar haben alle Celler Parteien, die einen örtlichen Kandidaten zur Landtagswahl aufgestellt haben, beschlossen ein gemeinsames Plakat aufzuhängen, mit dem Titel »Im Landtag ist viel Platz für Meinungen. Aber kein Platz für Nazis!« (siehe Bild). Wie in vielen anderen Städten auch, hatten die Faschisten in fünf Meter Höhe ihre tumben Sprüche auf ihren Plakaten, teilweise straßenabschnittweise platziert. Darunter hingen dann unsere Plakate an den Laternen.

Dass wir dem Wahlkampfzug der NPD wie in vielen anderen Städten auch ein entsprechendes Begleitkonzert mit 400 Personen bereitet haben, versteht sich von selbst.

In den letzten Jahren hatten auch von Celle aus Nazis für Dresden mobilisiert. Frühzeitig hat das »Celler Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus« deshalb mobilisiert und für drei Wochen hintereinander (26.01., 02.02. und 09.02.) die Celler Innenstadt mit Infoständen belegt, ganz nach dem Motto »Den Faschisten den Raum nehmen!« Am 9. Februar hat auch eine gemeinsame Aktion von vielen Parteien und Organisationen, auch die VVN-BdA Celle war dabei, stattgefunden. Es wurde auch ein gemeinsames Flugblatt verteilt: Gemeinsam gegen Nazis einstehen! Dresden ist weit weg – wenn dort die Nazis aufmarschieren, was hat das mit Celle zu tun?



Die Aktion – bei späterem Schneetreiben – war erfolgreich – die Cellesche Zeitung berichtete mit Bild, außerdem bekamen die Stände Besuch von dem Celler Nazi Bühring und zwei seiner Kumpane. Aber immer, wenn sie an einem Stand aufkreuzten, standen Teilnehmer anderer Ständen dicht drum herum und gaben Geleitschutz.

Klaus Meier

Gemeinsam gegen Nazis einstehen!



SCHLUSS MIT DEN NAZI TREFFEN

Dresden ist weit weg – wenn dort Nazis aufmarschieren, was hat das mit Celle zu tun?

Der seit Jahren in Dresden stattfindende Naziaufmarsch ist ein Problem – nicht nur weil es die bundesweit größten Naziaufmärsche waren, sondern weil sich Teile der Gesellschaft schwer taten, das „Gedenken" der Nazis deutlich zu diskreditieren. Es fanden und finden auch immer „offizielle" Gedenkveranstaltungen statt, so dass die Nazis dies als Möglichkeit sahen, daran anzudocken und sich als legitimen Teil einer von der Mehrheitsgesellschaft akzep-

Nazi-Schmierereien gegen die KZ Gedenkstätte Moringen

Anfang Januar haben Neonazis rund um die Gedenkstätte Moringen faschistische Graffiti gesprüht.

Dieser Vorfall reiht sich ein in die anwachsende Liste faschistischer Propagandatätigkeiten und Sachbeschädigungen der letzten Monate. Zuletzt davon betroffen war die Groner DITIB-Moschee, an deren Vorderfront Nazis NPD-Plakate mit rassistischen Losungen angebracht hatten.

Die VVN-BdA solidarisiert sich mit den betroffenen Einrichtungen und fordert weiterhin das Verbot jeglicher faschistischer Strukturen, wie es auch das Potsdamer Abkommen und der Artikel 139 des Grundgesetzes vorsehen.

KV Göttingen

Die Landes delegiertenkonferenz (LDK) findet

am

6. und 7. April 2013

statt,

nähere Informationen über den Landesvorstand oder die Kreisvereinigungen.

Artikel und Fotos (in hoher Auflösung) für die *antifa* bitte bis zum 8. in geraden Monaten immer an
mtb-niedersachsen@vvn-bda.de

VVN-BdA Landesvereinigung Niedersachsen e.V.
Rolandstr. 16, 30161 Hannover, Tel.: 0511-331136, FAX: 0511-3360221, E-Mail: niedersachsen@vvn-bda.de

Wir würden uns über Spenden für die Arbeit unserer Landesvereinigung auf das Konto mit der Nr. 7510-307 bei der Postbank Hannover BLZ 250 100 30 sehr freuen.

Wenn Ihr weiterhin Informationen der VVN-BdA erhalten wollt, teilt uns bitte nach einem Umzug o.ä. Eure neue Adresse mit, Danke!

Redaktion: Michael Rose-Gille

Die VVN-BdA Niedersachsen lädt ein zur Gedenkfeier auf dem Sowjetischen Kriegsgefangenenfriedhof Hörsten, Bergen-Belsen am Sonntag, den 21. April 2013 um 13.00 Uhr

Wir gedenken der über 20.000 sowjetischen Kriegsgefangenen, die hier unter menschenunwürdigen Bedingungen ihr Leben lassen mussten. Zum Schutz vor der Eiseskälte konnten sie sich nur in Erdhöhlen eingraben. Sie wurden ermordet oder starben elend an Hunger, Kälte und Seuchen.

Es werden sprechen:

- Mechthild Hartung, VVN/BdA Nds.e.V. (Begrüßung)
- Grußwort: Illia Riaboi, Veteranenratvorsitzender/ Rote Armee, Hannover
- Mechthild Hartung: einführende Worte zu Katharina Saemann / Bezug zum Kriegsgefangenenfriedhof
- Katharina Saemann, Tochter eines Zwangsarbeiters und einer deutschen Frau
- Dr. Matthias Richter-Steinke, DGB Nord Ost Niedersachsen
- Jugendliche vom Tontafelprojekt stellen ihre Arbeit und einige Biografien mit authentischen Karteikarten vor; Jugendliche des IWC Bergen-Belsen berichten (beides angefragt)

Musikalischer Beitrag: Inge Scharna und Jörg Teichfischer

Den Abschluss der Gedenkfeier bildet die Niederlegung von Kränzen und Blumen am Mahnmal.



1200 demonstrieren zur Erinnerung an den Generalstreik durch Mössingen
Foto: Dieter Lachenmayer

80 Jahre Generalstreik in Mössingen:
»Politischer Streik hätte Hitler gestürzt und den Krieg verhindert«

Die KPD hatte dazu am 31. Januar 1933 aufgerufen, aber nur an einem einzigen Ort kam es zum Generalstreik. Im kleinen von Textilindustrie geprägten Mössingen bei Tübingen legten 800 Arbeiterinnen die Arbeit nieder und zogen unter der Losung »Heraus zum Massenstreik« durch die Strassen.

Zum 80. Jahrestag dieses Ereignisses riefen die VVN-BdA, DGB, ver.di und IG Metall der Region Tübingen unterstützt von vielen anderen erneut zur Demonstration nach Mössingen. Nicht nur, um an die mutige Aktion der Mössinger Arbeiterinnen und Arbeiter zu erinnern, sondern um auch für heute die Notwendigkeit des Widerstands gegen Faschismus und Krieg zu unterstreichen, der zunehmenden Behinderung und Kriminalisierung von Antinaziaktionen entgegenzutreten und das Recht auf politischen Streik zu reklamieren, der auch heute noch in Deutschland als illegal gilt.

Genau auf diesen Punkt ging der Arbeitsrechtler Prof. Wolfgang Däubler dann auf der Abschlusskundgebung ein: Es bringt nichts, das Recht auf politischen Streik von den Juristen zu verlangen. Es kommt drauf an, es wahrzunehmen.

Der DGB-Landesvorsitzende Nikolaus Landgraf erinnerte an das Widerstandsrecht des Grundgesetzes und forderte erneut das Verbot der NPD. Junge Antifaschisten aus Mössingen riefen dazu auf, den Widerstand gegen Neofaschismus und Krieg gemeinsam zu leisten und sich nicht z.B. durch die »Extremismusdoktrin« spalten zu lassen. Zuvor hatte Gerhard Bialas als langjähriger Tübinger Gemeinderat wohl bekanntestes VVN-Mitglied der Tübinger Gegend die 1200 Demonstranten am Jakob-Stotz-Platz begrüßt, der nach einem der Generalstreikteilnehmer benannt ist. Er erinnerte daran, wer verantwortlich war für die faschistische Diktatur: »Die Mössinger Streikenden wussten, dass Banken-, Groß- und Rüstungskapital die Nazis für ihre Zwecke in den Sattel gehoben haben. Und heute ist es Zeit, dass endlich der Kreislauf Kapitalismus-Krise-Krieg durchbrochen wird!«

Zum Höhepunkt der gemeinsame Aktion aber wurde die Rede von Andrea Ayen, deren Vater, Großvater und Onkel am Generalstreik teilgenommen hatten. Sie wiederholte die Worte, die ihr Onkel Jahre später in hohem Alter in seinem schwäbischen Dialekt gesprochen hatte:

»Doch, das war richtig zu streiken, und heut‘, sag‘ ich, heut‘ muss man wieder wachsam sein, dass sowas nicht wiederkommt, … Nein, wenn Faschismus, wenn‘s das heißt, da bin ich dabei, nochmal dabei zu demonstrieren, aktiv, in vorderster Reih‘, ja …« *DL*

Pforzheim:
Knüppel aus dem grün-roten Sack

Am 23. Februar 1945 wurde die Gold- und Rüstungsstadt Pforzheim durch einen alliierten Bombenangriff total zerstört. Seit 20 Jahren mißbrauchen Nazis mit dem schönen Namen »Ein Herz für Deutschland«, den Jahrestag der Zerstörung mit einem gespenstischen Fackelaufzug für die Propagierung ihrer menschenverachtenden Ideologie.

Fast genauso lange wurden sie von der Stadtverwaltung ignoriert und geduldet. Erst im Februar 2013 wurde die wirklich aktiv: Sie bestellte das größte Polizeiaufgebot, das Pforzheim je gesehen hatte in die Stadt, um die von einem breiten Bündnis gegen rechts in Aussicht gestellte Blockade des Naziauftritts zu verhindern. Die ganze Nordstadt sollte abgesperrt und zur Nazigegner-freien Zone gemacht werden.

Mehrere hundert antifaschistische Gegendemonstranten wurden eingekesselt, mit Pfefferspray und Knüppeln traktiert. Solch rigorose Polizeieinsätze gegen Naziggegner haben in Baden-Württemberg Konjunktur, obwohl die neue grün-rote Koalition »den Kampf gegen Rechtsextremismus entschlossen und mit großem Nachdruck« in ihrer Koalitionsvereinbarung verkündet hat.

Dennoch gelang es der Gegendemo fast geschlossen, die Nordstadt zu erreichen und den Veranstaltungsplatz der Nazis zu blockieren.

Nur wenige, die vorzeitig dort angekommen waren, konnten ihre Fackeln entzünden. Die anderen mußten in die Nachbarstadt Mühlacker ausweichen. *DL*



Kundgebung am Bahnhof als Auftakt der Proteste gegen den Fackelaufmarsch der Nazis
Foto: DL

Redaktion dieser Seite: Dieter Lachenmayer

Viertes Treffen der Nachkommen in der Gedenkstätte Buchenwald

Wo der Kommissarbefehl der Wehrmacht vollstreckt wurde

Die Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora ruft auf zum 4. »Treffen der Nachkommen« am 13. und 14. April 2013 auf dem Ettersberg bei Weimar. In diesem Jahr wird besonders der Opfer unter den sowjetischen Gefangenen gedacht.

Nicht zählbare und schwer zu beschreibende Verbrechen begingen die deutschen Faschisten. Einweisungen von Kriegsgefangenen in Konzentrationslager gehörten dazu. Am 16. September 1941 traf im KZ Buchenwald eine erste Gruppe sowjetischer Offiziere und Kommissare ein. Unter Bezugnahme auf den »Kommissarbefehl« vom 12. Mai 1941, wonach sowjetische Offiziere, Kommissare, Partei- und Staatsfunktionäre auszusondern und zu erschießen seien, kam diese Gruppe nicht ins Häftlingslager. SS-Leute erschossen sie auf dem SS-Schießstand an den Deutschen Ausrüstungswerken Buchenwald. Die tatsächliche Zahl der Ermordeten wurde geheim gehalten. Die Gefangenen trafen nach tagelangen, opferreichen Fahrten in teilweise offenen überfüllten Güterwaggons im Lager ein. Für 2000 Personen war innerhalb des Häftlingslagers ein »Sowjetisches Kriegsgefangenenlager« durch Stacheldraht abgeteilt. Die Gefangenen mussten auf dem blanken Fußboden schlafen.

Trotz strikten Verbots durch die SS-Lagerführung und Androhung drakonischer Strafen entfaltete sich im KZ insbesondere bei den politischen Häftlingen eine außergewöhnliche Solidaritätsaktion. Es kam zu einer organisierten Brotsammlung. Walter Krämer, der Kapo des Häftlingskrankenbaus, setzte sich mit zuverlässigen Kameraden über das Verbot hinweg, versorgte Schwerkranke und lancierte Medikamente in dieses Lager. Wegen der offenen Verweigerung des SS-Befehls bestrafte der Kommandant alle Häftlinge mit einem Tag Essensentzug.

Noch im Oktober 1941 begann außerhalb des Häftlingslagers in dem zu einer Genickschussanlage umfunktionierten Pferdestall die planmäßige Ermordung sowjetischer Kriegsgefangener. SS-Mörder und ihre gedungenen Helfer ermordeten bis zum Sommer 1942 mehr als 8.000 sowjetische Kriegsgefangene durch Genickschuss. In der Folgezeit hängten die Mörder ihre Opfer im Keller des Krematoriums an in die Wand eingemauerten Haken auf. Als Anfang 1943 die Schlacht um Stalingrad für die Sowjetunion die entscheidende Wende in diesem mörderischen Krieg herbeiführte, zwangen die deutschen Faschisten massenhaft Menschen aus der Sowjetunion in die Konzentrationslager. Es handelte sich um Kriegs- und Zivilgefangene, darunter Frauen und Kinder. Von Ende August bis Ende November 1943 trafen im KZ Buchenwald in Massentransporten über 5 000 Menschen ein. Unter verheerenden Bedingungen vegetierten sie im Lager. Ständig den Mordgelüsten der SS-Leute ausgesetzt, mussten sie schwerste Zwangsarbeit in Buchenwald und in den Außenlagern verrichten. Ihnen gegenüber entwickelten insbesondere politische Häftlinge gegen die Befehle der SS bedeutsame Solidarität. Nachdem im März 1943 die Vereinigung der illegalen Zentren der sowjetischen Kriegsgefangenen mit denen der sowjetischen Zivilgefangenen vollzogen und eine einheitliche Leitung gebildet werden konnte, entwickelte sich diese Gruppe zu einer beachtlichen Kraft im Kampf gegen den deutschen Faschismus im KZ Buchenwald.

Termin und Ort des Treffens: 14. April 2013, 10:00 Uhr, im Kinosaal der Gedenkstätte Buchenwald.

Bereits am Sonnabend, dem 13. April 2013, 16:00, Uhr werden wir uns am Torgebäude treffen, um gemeinsam zum Gedenkort am ehemaligen Pferdestall zu gehen und der Erschießung der sowjetischen Kriegsgefangenen zu gedenken.

Gerhard Hoffmann

Von Bad Köstritz nach Gera und Weida

Der Buchenwaldgedenklauf am Tag der Erinnerung

Nun schon das 27. Mal wird 2013 der von der Basisgruppe Gera des VdN/BdA organisierte Buchenwaldgedenklauf als Tag der Erinnerung und Mahnung durchgeführt. Worum es dabei geht, soll ein kurzer historischer Rückblick zeigen.

Anfang 1945 war klar, dass Nazideutschland den 2.Weltkrieg verloren hat. Die SS-Führung wollte das ganze Ausmaß ihrer Verbrechen im KZ Buchenwald verschleiern und begann Anfang April die Lagerhäftlinge zu evakuieren.

Tausende Häftlinge unterschiedlicher Nationen wurden von SS-Wachen brutal zu Fußmärschen von Weimar gen Süden getrieben. Wer von den Häftlingen für diese Strapazen zu schwach war, wurde von den SS-Schergen erschlagen oder erschossen und mussten von den Überlebenden am Straßenrand verscharrt werden.

Allein auf dem Teilstück des heutigen Buchenwaldgedenklaufes kamen 88 Häftlinge ums Leben. An einigen ihren letzten Ruhestätten stehen heute Gedenksteine, die Zeugnis von diesen Verbrechen ablegen.

Um an die Opfer des Todesmarsches zu erinnern und ihrer zu gedenken führt die Geraer Basisgruppe jährlich im April im Zusammenwirken mit regionalen Sportvereinen diesen traditionellen Gedenklauf durch. Ein Staffellauf, an dem Läufer, Inlineskater und Radfahrer sich ergänzen, beginnt in Bad Köstritz, im Anschluss an ein Gedenkmeeting. Die Teilnehmer tragen den Staffelstab entlang der Todesmarschstrecke über Gera nach Weida. An ausgewählten Gedenksteinen werden Gebinde und Blumen abgelegt und Worte des Erinnerns gesprochen.





Der ehemalige Pferdestall, in dem sich die Genickschussanlage befand. Aufnahme vor 1945.

Der Höhepunkt der Veranstaltung ist der Staffellauf der Schülertrainingsgruppen der Geraer Sportvereine im Küchengarten, vorbei am Gedenkstein an die Opfer des Faschismus. Es wird an den Schwur der Häftlinge von Buchenwald »Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.« erinnert.

Der Buchenwaldgedenklauf findet am 11.4.2013 statt, er beginnt um 15.45 Uhr in Bad Köstritz am Gedenkstein auf dem Friedhof, weitere Treffs: 16.15 Uhr Gera, Küchengarten, Gedenkstein und 18.15 Uhr Weida, Abschlußkundgebung.

Wolfgang Heise, Gera

Impressum:
Redaktion: Elke Pudszuhn
elke.pudszuhn@googlemail.com
Landesgeschäftsstelle TVVdN/BdA,
Eugen-Richter-Str. 45, 99085 Erfurt
Konto-Daten:
LV TVVdN/BdA,
Mittelthür. Sparkasse
BLZ: 820 510 00
K-N:130 125 300

Nie Wieder! - Aktionen im ganzen Land

»Spurensuche« auch zum 80. Jahrestag von 1933

Vielfältig und zahlreich waren die Veranstaltungen und Aktionen der VVN-BdA NRW zu den Jahrestagen 27. Januar, Befreiung von Auschwitz 1945, sowie 30. Januar, Tag der Machtübertragung an die Nazis vor 80 Jahren. In Mülheim und Dortmund wurden im Rahmen der Aktion »Spurensuche« von der VVN-BdA Mahntafeln an Stätten angebracht, an denen sich hohe Nazis und Wirtschaftsführer trafen, um die Machtübertragung vom 30. Januar 1933 vorzubereiten. In Köln fand an einer solchen Mahntafel eine Mahnwache statt. Auch in Bochum, Duisburg und Solingen wurden Mahnwachen und antifaschistische Stadtrundgänge durchgeführt.

»80 Jahre ›Machtübertragung‹ an die Nazis - ein Lehrstück" – darüber diskutierte man bei der Bochumer VVN-BdA mit Prof. Dr. Georg Fülberth. Ferner gab es Vortragsveranstaltungen zum Thema „Wie es dazu kommen konnte« in Essen, Minden, Hamm und Solingen. Es sprachen u.a. Gerd Deumlich und Wolfgang Dominik. In Hamm war mit der Veranstaltung die Wiedergründung der VVN-BdA verbunden. In der Duisburger Widerstandsausstellung referierte Traute Sander über die Tätigkeit der Gruppe »Kinder des Widerstandes«, die das Erinnern an ihre Eltern und Großeltern wach halten will.

In Münster und Duisburg stellte Ulrich Sander die Aktion Spurensuche »Verbrechen der Wirtschaft an Rhein und Ruhr« und das Buch »Von Arisierung bis Zwangsarbeit« vor. Zugleich präsentierte er das Projekt der Fotogalerie bei www.r-mediabase.de zum Thema der Verbrechen ökonomischer Eliten vor über 70 Jahren. Das Ziel bleibe die Schaffung einer Ausstellung »Verbrechen der Wirtschaft 1933-1945«.

Eine Konferenz zum Faschismusbegriff wurde in Wuppertal von der VVN-BdA mitgestaltet; es sprachen u.a. die Professoren Schui und Pätzold. Auf einer Veranstaltung in Siegen wurde insbesondere der jüdischen Bürger gedacht, und auch die Analyse des aktuellen Rechtsrock war dort ein Thema. In Dormagen wurden schließlich neue Stolpersteine verlegt. Nach Redaktionsschluss gingen weitere Meldungen über Aktionen ein. Eine Reihe von Aktionen, jene in Duisburg, wollen wir im Folgenden ausführlicher schildern.

Landessprecher Falk Mikosch schrieb auf der NRW-VVN-Website: „Es ist einfach großartig, was unsere VVN auf die Beine gestellt hat!

Ich bin sicher, dass es uns gelungen ist, Akzente im Kampf gegen den Faschismus zu setzen.“ ***U.S.***

Erfolgreiche antifaschistischen Woche in Duisburg

Das Naziregime an Ort und Stelle erfahren

Josef Krings, lange Jahre Oberbürgermeister der Stadt Duisburg, erzählte von seinen Erfahrungen mit Schülern.
Vor seiner Zeit als Oberbürgermeister war Krings Geschichtslehrer. Mit dem »Bösen im Gigantischen« hätten seine Schüler kaum was anfangen können. Wenn zum Beispiel der millionenfache Mord in Auschwitz in seinem Unterricht zur Sprache kam, waren seine Schüler dem gegenüber relativ uninteressiert. Erst die Darstellung des Nazi-Terrors anhand von Einzelschicksalen habe ihm Zugang zu seinen Schülern verschafft.

Man müsse den »Nationalsozialismus an Ort und Stelle herunterholen!«, so Krings weiter. Nicht nur in Berlin hätten die Nazis ihre Aufmärsche gehabt, sondern auch in Duisburg.

Josef Krings sprach anlässlich der Gedenkfeier im Rathaussaal »80 Jahre Machtübertragung – Beginn des Nazi-Terrors«.

Die Gedenkfeier war ein Höhepunkt der antifaschistischen Woche Duisburg »Auf den Spuren des Terrors« vom 27. Januar bis 2. Februar 2013. Die Duisburger VVN-BdA hatte die Woche gemeinsam mit vielen anderen Bündnispartnern ausgestaltet.

Doris Michels, Kreissprecherin der VVN-BdA, eröffnete die Veranstaltung und erinnerte zuerst an den verstorbenen Bruno Bachler, stadtbekannter Antifaschist und langjährigen Vorsitzenden der VVN-BdA in Duisburg.

Für ein NS-Dokumentationszentrum

Bruno Bachler habe sich lange Jahre unermüdlich für ein NS-Dokumentationszentrum in der Stadt eingesetzt. Bisher gibt es nur ein von der VVN-BdA unterhaltenes Doku-Zentrum in zwei Schulpavillons an der Wrangel-Straße.

Aufgrund der begrenzten Mittel der VVN-BdA ist diese Ausstellung jedoch in keinem ausreichend guten Zustand.

Trotz eines Ratsbeschlusses der Stadt Duisburg wird der Aufbau eines städtischen NS-Dokumentationszentrums immer weiter verzögert. Duisburg ist, wie so viele andere Städte, pleite.

Deshalb lehnt der Stadtkämmerer die Einrichtung mit der Begründung ab, dass es sich um eine freiwillige Leistung handele. Solange hier keine Lösung gefunden würde, setzten die Exponate weiter Schimmel an, so Michels weiter.

Im Besitz der VVN-BdA befindet sich zum Beispiel das Original des Moorsoldatenliedes. Bürgermeister Manfred Osenger dankte im Namen der Stadt Duisburg für das vielfältige Engagement der Initiativen und Verbände gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

Er war eingesprungen für den erkrankten Oberbürgermeister Sören Link. Insgesamt waren jedoch nur zwei Vertreter des Rates der Stadt in ihrem »Wohnzimmer«.



Duisburg auch Stadt der Täter

Duisburg sei nicht nur Stadt der Opfer, sondern auch der Täter. Man müsse endlich nach 68 Jahren die Täter ans Licht der Öffentlichkeit zerren, so Franz Thews, VVN-Mitglied aus Duisburg Walsum und Koordinator der Veranstaltung. Stellvertretend für viele andere benannte er Wolfgang Reuter, Wilhelm Roelen, August Thyssen. Alles führende Duisburger Industrielle.

Mehr als 60.000 Zwangsarbeiter wurden durch sie ausgebeutet. Dies auch anderen Duisburger Betrieben.



Wolfgang Dominik spricht bei der Bochumer Mahnwache zum 27./30. Januar ***Foto: privat***

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung

Der SS-General und Chef der KZ, Oswald Pohl, ebenfalls Duisburger, habe an der Wannseekonferenz teilgenommen, anlässlich der die Ausrottung der jüdischen Bevölkerung beschlossen wurde.

Rollenspiel ging unter die Haut

Carlo und Otto Rosenberg, deren Vater und weitere Familienangehörige der Sinti-Familie unter den Nazis großes Leid erlitten, begleiteten die Gedenkfeier mit ihrer Musik.

Frank Baier, Duisburger Liedermacher rappte »REP 1920« und sang eine Interpretation des Liedes »Mein Vater wird gesucht«.

Der 89 jährige Walter Kaufmann, ebenfalls ein Sohn der Stadt, entkam 1938 durch einen Kindertransport, während seine Eltern in Auschwitz ermordet wurden. Er zitierte Auszüge aus seiner Erzählung »Schuhe« und seine Novelle »simple things«, die er mit 18 Jahren geschrieben hat.

14 Schülerinnen und Schüler der Realschule Farn führten ein Rollenspiel auf, das unter die Haut ging. Sie hatten eine Aussage des Walsumer Geschichtsvereins überprüft, nach der es in Walsum keine Juden gegeben habe und man deshalb auch keine Gedenkfeiern veranstalten müsse.

Nur eine Frau überlebte …

In ihrem Schulprojekt haben sie 14 jüdische Menschen gefunden, die 1933 als Erwachsene in Walsum lebten. Sie sind ihrem Schicksal nachgegangen. Tatsache war, dass am 8. Mai 1945, dem Tag der Befreiung, nur noch eine jüdische Frau in Walsum lebte. Alle anderen waren entweder vertrieben oder wurden durch die Nazis ermordet.

Chance für neues Denken

Josef Krings, den die Walsumer Realschüler sichtlich beeindruckt hatten, sprach sich vehement für ein städtisches NS-Dokumentationszentrum aus. Dies sei eine Chance für neues Denken in der Stadt nach Rheinhausen-Werkschließung und Loveparade. Das Zentrum müsse »Impulse in den Kopf« hineinsetzen und nicht so ein Bilderbuch sein.

Vielleicht kann ja der Zwischenruf von Bürgermeister Erkan Kocalar: »Das Doku-Zentrum kommt« für bare Münze genommen werden.

Falk Mikosch



Flyer von der Veranstaltung in Minden

In Oberhausen und Dülmen wurde Ortsgeschichte neu geschrieben

Widerstand und Verfolgung dem Vergessen entrissen

Aus Anlass der Stolpersteinverlegung für Fritz Giga, hat Klaus Oberschewen im Linken Zentrum Oberhausen über den Oberhausener Widerstandskämpfer und über sein Buch berichtet.

Oberschewen war langjähriger VVN-Kreisvorsitzender und ist gemeinsam mit Sahrah Beneh Herausgeber des Buches »Faschismus kommt nicht über Nacht«. Mit dem 2012 im K.M.Laufen Verlag erschienen Buch werden die vor 25 Jahren gemeinsam mit VVN-BdA-Mitgliedern geschaffenen Berichte über Widerstand und Verfolgung in Oberhausen wieder zugänglich gemacht.

Zudem wird die Geschichte des Faschismus in Oberhausen für die heutige Erinnerungsarbeit geschildert, wie sie sonst nicht mehr zugänglich war. zugänglich war. So waren zuvor in der Oberhausener Gedenkhalle die Passagen entfernt worden, die mit dem Buch nun wieder zu finden sind.

Ortwin Bickhove-Swiderski legt wertvoll Materialsammlung vor.

Auch in Dülmen wurde jetzt die Geschichte der Stadt in der Zeit von 1933 bis 1945 neu aufbereitet. Der VVN-BdA-Aktivist, Gewerkschafter und SPD-Stadtrat Ortwin Bickhove-Swiderski legte mit seiner umfassenden Recherche eine einmalige und hervorragende Aufbereitung und Kommentierung des Dülmener Archivgutes jener Zeit vor. Sein Buch macht deutlich, dass die Nazibewegung mit ihren Verbrechen auch in der westfälischen Provinz aus der Mitte der Gesellschaft hervorging. Er schildert sowohl die Schicksale der Täter, darunter Franz von Papen, wie der Opfer. Der Widerstand sei besonders von KPD-Mitgliedern getragen worden. Jüdische Mitbürger waren schon früh Schikanen und Übergriffen ausgesetzt, 21 von ihnen wurden ermordet. Faszinierend an dem Band: die Schilderung des Alltagslebens in der westfälischen Provinz jener Zeit.

Bickhove-Swiderski wollte mit seinem Material- und Arbeitsbuch einen Beitrag gegen das Vergessen und Verdrängen leisten, führte er auf einer gut besuchten Veranstaltung in der Dülmener Stadtbücherei aus, auf der bereits die zweite Auflage des im Neuen Impulsverlag Essen erschienenen Buches vorgelegt wurde. Es ist ihm gelungen.

U.S.

Redaktion: Ulrich Sander

Landesbüro der VVN-BdA NRW

Gathe 55,
42107 Wuppertal,
Telefon: 0202 / 45 06 29
E-mail: nrw@vvn-bda.de
www.nrw.vvn-bda.de

Unser Spendenkonto:
Postbank Essen,
Konto 28 212-435,
BLZ 360 100 43

Landesschülervertretung NRW analysiert rechte Politik

Homosexuelle im Fadenkreuz von alten und neuen Nazis

Die Landesschülervertretung von Nordrhein-Westfalen (LSV NRW) analysierte im Adolph-Kolping-Haus in Dortmund programmatische Aussagen und populistische Aktionen der Rechtsparteien. Ihr Fazit: Demokratie kann nur durch aktive Bürger gesichert werden, nicht aber durch Leute vom Verfassungsschutz. Sie sollen nicht am Unterricht an Schulen mitwirken dürfen. Dies war auch das Fazit eines Grußschreibens der VVN-BdA, die mit den Schülerinnen und Schülern ihre Zusammenarbeit verstärken will.

In einer Arbeitsgruppe stellten die Schüler zunächst fest, an welchen Orten in NRW welche rechten Gruppen aktiv sind. Ein Nebenaspekt: Alte und neue Nazis wechseln das Outfit und die Performance und ihr Organisationsformen. Was sie im Kern nicht wechseln, das ist ihre Ideologie. Dazu gehöre die Verdammung aller Homosexuellen.

Aus den Publikationen der NPD und in zahlreichen Veröffentlichungen der Medien wird eine menschenverachtende Diskriminierung von Homosexuellen sichtbar. Die inzwischen erfochtenen Gleichheitsrechte für gleichgeschlechtliche Paare



Auch dieser Stolperstein wurde gereinigt. *Foto von: Uwe Koopmann*

lehnt die NPD ab. Damit knüpft sie an die NS-Ideologie an, deren Vertreter das „Problem" auf ihre Weise lösten: Schwule kamen ins KZ, bekamen den rosa Winkel auf die Häftlingskleidung und wurden umgebracht.Zum Thema wurde in Dortmund auch gleich die Praxis geübt. Der Stolperstein vor dem Haus Burgwall 27 für Alex Damm wurde gereinigt. Damm, Jahrgang 1886, wurde als Homosexueller denunziert, 1936 kam er ums Leben. Diese „Muster-Aktion" wollen die Schüler nun in verschiedenen Städten und Gemeinden wiederholen. Elena Colmsee: „Uns geht es nicht so wie dem Verfassungsschutz, der, wenn er nach der Terrorzelle NSU gefragt wird, behauptet: Haben wir nichts von gewusst..."

U.K.

Vierte erfolgreiche Blockade

Die Nazis, Dresden und die Demokratie

Am 13. Februar 2013 wurde in Dresden der ehemals größte westeuropäische Naziaufmarsch zum vierten Mal verhindert. Tausende Menschen blockierte zahlreiche Plätze und Straßen und sorgten dafür, dass die angereisten Nazis lediglich stehend auf ihre Abreise warten konnten. Wenn das dafür sorgt, dass es in den kommenden Jahren keinen Naziaufmarsch mehr geben wird, ist viel gewonnen – aber ist damit unsere Arbeit zu Ende? Ich glaube NEIN und nenne dafür drei Gründe.

Ersten: Die Ideologie der Nazis. Die Nazis haben den Kampf um die Straße gesucht und diesen in Dresden verloren. Andernorts geht es weiter: In Sachsen sitzen Nazis in allen Kreistagen, in vielen Stadträten und im Landtag. In der gesamten Bundesrepublik gibt es Alltagsrassismus, Homophobie, Nationalismus und andere Ideologien der Ungleichwertigkeit von Menschen – auch dagegen brauchen wir Mut und gemeinsame Aktivitäten.

Zweitens: Der Umgang mit der Geschichte in Dresden. Als ich den »Mahngang Täterspuren« erreichte, sah ich als erstes ein selbstgebautes Plakat mit der Inschrift „Die Toten mahnen uns“ und einer Aufzählung von Orten faschistischer Verbrechen »Bergen-Belsen, Buchenwald, Coventry, Lidice, Warschau, ...« und – als gehöre der Ort in diese Reihe –»Dresden«.

Für mich ist dies unfassbar, denn ich halte die Nennung von Dresden in diesem Zusammenhang für eine Verharmlosung des deutschen Vernichtungsfeldzuges und des Holocaust.

Dresden war eine braune Hochburg und die Bombardierung die Folge dessen. Dem »Opfermythos von Dresden« und dem dazugehörigen Gedenkdiskurs gilt unsere weitere Auseinandersetzung.

Drittens: Die Verhinderung der Naziaufmarsches in Dresden ist nicht wegen Sachsen gelungen, sondern trotz Sachsen – besser gesagt trotz dessen politischen Verantwortlichen und den angegliederten Institutionen und Behörden. Sachsen ist Schlusslicht, wenn nicht gar Verhinderer bei der Aufklärung des NSU. Sachsen verfolgt in undemokratischer und brutaler Weise Menschen, die antifaschistisch aktiv sind. Sachsen hat eine Regierung, die einer echten Auseinandersetzung mit den Gründen für Nazismus und dessen Ideologien im Wege steht. Antifaschismus sei nicht die richtige Antwort, behauptet der Innenminister - es ist jedoch die einzig richtige! ***Lutz Richter, Pirna***

Nicht nur auf Nazis reduzieren

Hoyerswerda ist anders

Die Stadt Hoyerswerda wurde schlagartig bundesweit bekannt, als im September 1991 massive Angriffe auf ausländische Bürger eskalierten und die Polizei nicht in der Lage war, diese zu stoppen und zu verhindern. Im Oktober 2012 versuchen Neonazis in die Wohnung eines antifaschistisch engagierten Paares einzudringen, bedrohen die beiden. Die Polizei sah sich nicht in der Lage, die jungen Leute dauerhaft zu schützen. Ihnen wird geraten, die Stadt zu verlassen. Ist das Hoyerswerda? Kann man das Ansehen dieser Stadt auf aktive, randalierende Nazibanden reduzieren? Antifaschisten halten dagegen.



Demonstration im September 2012.

Schon seit 1993 ist die Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Demokratie und Lebensperspektiven (RAA) Hoyerswerda/Ostsachsen e.V. bemüht, rechtsextremistische und menschenverachtende Ideologien und Einstellungen zurückzudrängen. Als Beitrag zur politisch-historischen Bildung und als aktive Prävention gegen Rechtsextremismus initiiert und organisiert die VVN-BdA Hoyerswerda gemeinsam mit der RAA seit 1995/96 das Projekt »Wider das Vergessen«, an dem sich jährlich fünf Hoyerswerdaer Schulen beteiligen.

In dem Projekt werden junge Menschen dabei unterstützt, einen eigenen Zugang zur deutschen Geschichte 1933 bis 1945 zu finden, Lehren daraus zu ziehen und aktiv gegen Rechtsextremismus zu wirken. Neben einer thematischen Fortbildung für Lehrer gehören Projekttage, Gedenkstättenfahrten, Buchlesungen, Zeitzeugengespräche sowie Gedenkfeiern am 27. Januar und am 8. Mai, dem Tag der Befreiung, in jedem Schuljahr zu den Schwerpunkten.

Besonders eindrucksvoll sind jährlich die Gespräche mit Zeitzeugen. Begonnen wird dieser Tag stets mit einer Eröffnungsveranstaltung im Saal der Sparkasse Hoyerswerda, die mit einer Ansprache des Oberbürgermeisters eingeleitet wird. Schüler führen dann Kulturprogramme, die auf diesen Tag ausgerichtet sind und von ihnen selbst zusammengestellt wurden, vor. In den Schulen sitzen dann die Schüler mit ihren Gästen zusammen, die aus ihrem Leben erzählen. In diesem Jahr waren darunter erstmals auch Kinder von Widerstandskämpfern und Verfolgten, also Zeugen der zweiten Generation. „Kein Geschichtsunterricht der Welt kann so ein Gespräch ersetzen.“, schrieb unlängst eine Schülerin in der Regionalzeitung. Diese Gesprächsrunden, so versichern uns sowohl Lehrer als auch Kommunalpolitiker, hinterlassen tiefe Spuren bei den jungen Menschen. „Durch die Vielfalt der Methoden, die Breite der Themen, aber auch die zeitliche Streuung der einzelnen Veranstaltungen wirkt das Projekt ständig. Die Jugendlichen erkennen Demokratie und Toleranz als tragende Werte für sich und die Gesellschaft.“, sagte der Stellvertreter des Oberbürgermeisters, Thomas Delling (SPD).

Hoyerswerda, eine Stadt wie viele in Deutschland, ist auf einem guten Weg. Das verdankt sie auch dem unermüdlichen Engagement unserer Kameraden der VVN-BdA, demokratiebewußter antifaschistischer Bürger und der Aufgeschlossenheit junger Menschen, Geschichte authentisch zu erfahren und zu rezipieren. Die Kameraden der VVN-BdA sind sich aber dessen bewusst, dass es noch viel zu tun gibt, denn nach wie vor wird Nazismus verherrlicht oder darüber hinweggesehen.

Peter Giersich, Auerbach.

Impressum:

V.i.S.d.P.: Peter Giersich, Redaktion:

Landesverband des VVN-BdA Sachsen,

Strehlener Straße 14, 01069 Dresden,

Tel.: 0351/49019 03, E-Mail: vvn-bda-sachsen@t-online.de Spendenkonto:

Commerzbank Dresden, BLZ: 850 800 00,

Konto Nr. 052 82111 00

Nordbayerische »Bündnisse gegen Rechts« fordern Konsequenzen aus NSU-Skandalen

»VS in seiner jetzigen Form abschaffen«

»Fünf NSU-Morde in Bayern – und alles bleibt wie es ist?« fragten die Nordbayerischen Bündnisse in ihrer Einladung zur Tagung am 2. Februar 2013 in Nürnberg, der ca. 300 Interessierte gefolgt waren. Günter Pierdzig, Koordinator der Bündnisse und Mitglied des Landesvorstands der VVN-BdA Bayern, stellte eingangs fest, der »NSU-Skandal« sei ein »Geheimdienst-Skandal« und zwar der größte in der Geschichte der Bundesrepublik.

Die Referenten und Teilnehmer der Veranstaltung verlangten, aus dem Versagen der Inlandsgeheimdienste (»Verfassungsschutz«) bei der Verhinderung der NSU-Verbrechen und deren Aufklärung Konsequenzen zu ziehen. In einer Resolution forderten die Tagungs-Teilnehmer: »Auflösung des Verfassungsschutzes in seiner jetzigen Form.«

Die »Opferperspektive«

Auch vom Podium wurde diese Position vertreten, so von Helga Schmitt-Bussinger (SPD, MdL, Bayern), die die Stärkung zivilgesellschaftlicher Bündnisse verlangte, denn »das sind die eigentlichen Verfassungsschützer.« Martina Renner (MdL, Die Linke Thüringen) verwies auf den Gesetzentwurf ihrer Fraktion, das Landesamt für Verfassungsschutz durch ein »Demokratiezentrum«, das nicht geheimdienstlich arbeiten, sondern über neonazistische Gefahren aufklären und mit antifaschistischen Initiativen zusammenarbeiten soll, zu ersetzen.

Das erste Podium des Tages widmete sich der Opferperspektive. Die Rechtsanwälte Edith Lunnebach und Yavuz Narin vertreten Opfer des NSU bzw. deren Angehörige im bevorstehenden Prozess gegen Beate Tschäpe und weitere NSU-Terroristen. »Meine Mandanten durften nicht Opfer sein«, so Narin, der die Ermittlungspraxis kritisierte, die beharrlich davon ausging, die Opfer seien in »Ausländerkriminalität« verstrickt. Opfer seien zu Tätern gestempelt worden. Robert Andreasch, A.I.D.A., analysierte Mängel der Anklageschrift. Beispielsweise werde die ermordete Polizistin Kiesewetter als »Zufallsopfer« bezeichnet, obwohl die Täter zum Mord extra von Sachsen nach Baden-Württemberg angereist seien.

»Von V-Leuten umzingelt«

Das zweite Podium versuchte dann in drei Teilen eine kritische Zwischenbilanz der Arbeit des bayerischen Untersuchungsausschusses. Zunächst hatten die Ausschussmitglieder Schmitt-Bussinger und Susanna Tausendfreund, (MdL, Grüne) das Wort. Sie beklagten, dass die Aufklärungsarbeit durch zahlreiche geschwärzte Akten, Zeugen mit beschränkter Aussagegenehmigung und »Erinnerungslücken« führender Behördenmitarbeiter massiv erschwert würden.

»Da tun sich Abgründe auf«, kommentierte die Grünen-Abgeordnete auch die Tätigkeit von V-Leuten in der Neonaziszene. Sie verwies darauf, dass es ein V-Mann war, der das »Thule-Netz« aufbaute, Heß-Gedenkmärsche anmeldete – und auf der Telefonliste des NSU-Mörders Mundlos stand. Der NSU sei »von mindestens zehn V-Leuten umzingelt« gewesen.

Im zweiten Teil des Podiums spiegelte dann Birgit Mair, Beobachterin der Nordbayerischen Bündnisse beim bayerischen Untersuchungsausschuss, die Ausschussarbeit aus Sicht der kritischen Öffentlichkeit. Sie musste von »völliger Ahnungslosigkeit« führender Verfassungsschutzmitarbeiter in Bezug auf neonazistische Strategie berichten. Nicht einmal das Terror-Konzept des »führerlosen Widerstands« (»Combat 18«) sei dort bekannt gewesen.

Die Untersuchungsausschüsse

Es folgte der Vergleich mit den Untersuchungssausschüssen im Bundestag, Thüringen und Sachsen, die durch Dr. Gerd Wiegel (Mitarbeiter der Bundestagsfraktion Die Linke), Martina Renner und Kerstin Köditz (MdL, Die Linke Sachsen) vertreten waren.

Neben einigen Unterschieden zu Bayern, so dem weniger restriktiven Umgang mit Akteneinsicht, überwogen die Gemeinsamkeiten. Auch hier ein unentwirrbares Geflecht von V-Leuten und NSU. Martina Renner fragte: »Wieviel Staat steckt im NSU?«.

Die Schlussresolution der Tagung forderte neben der Auflösung des Verfassungsschutzes in der jetzigen Form die »sofortige Beendigung der staatlichen Unterstützung der neonazistischen Szene durch das V-Mann-Wesen«, die »sofortige Beendigung der Kriminalisierung, Bespitzelung und Diffamierung der antifaschistischen Initiativen« sowie die Öffnung der Behördenarchive zur Aufdeckung des »staatlichen NSU-Skandals.«

Guido Hoyer

Spenden für die VVN-BdA Bayern
Wie immer freuen wir uns über Spenden für die Arbeit unserer bayerischen VVN-BdA. Unser Konto: VVN-BdA Bayern, Postbank München, 10532-807, BLZ 700 100 80

Wichtiger Hinweis:
Bitte immer daran denken: Adressen- oder Kontenänderungen mitteilen!

Redaktion: Ernst Antoni
VVN-BdA Bayern,
Frauenlobstr. 24,
80337 München,
Tel 089/53 17 86,
Fax: 089/53 89 464,
Mail: lv-bayern@vvn-bda.de

Wir gratulieren…

… natürlich allen unseren »Geburtstagskindern«. Sie sämtlich aufzuführen würde allerdings den Rahmen unserer »*antifa*« sprengen. Stellvertretend seien deshalb hier die Kameradinnen und Kameraden zwischen 60 und 80 genannt, die einen »runden« Geburtstag haben bzw. hatten – und alle über 80. Herzlichen Glückwunsch! Nachdem in der vorigen „antifa“ aufgrund eines technischen Problems nur die „80er“ und „90er“ genannt werden konnten, hier auch die „Nachträge“ für Januar und Februar.

Januar
Anni Aechter, Herbsleben, 101 Jahre; Dr. Günter Hartmann Würzburg, 75 Jahre; Christel Priemer, München, 70 Jahre; Dr. Thomas Melcher, Kaufbeuren, 60 Jahre; Volker Thomas, München, 60 Jahre; Hans Webersberger, Flachslanden, 60 Jahre

Februar
Günter Martin, Hohenpeißenberg, 84 Jahre; Richard Forward, München, 75 Jahre; Dr. Fred Schmid. München, 75 Jahre; Manfred Engelhardt, Schwarzenbach/Saale, 70 Jahre; Dr. Helmut Sörgel, Nürnberg, 70 Jahre; Rudolf Bleul, Nürnberg, 65 Jahre; Frank Leibig, Neumarkt, 65 Jahre; Roswitha Schulz, Augsburg, 65 Jahre; Peter Willmitzer, München, 65 Jahre; Charlotte Rennebaum-Sanchez, München, 60 Jahre; Michael Ruppert, Selbitz, 60 Jahre; Friedrich-Wilhelm Zaudtke, Nürnberg, 60 Jahre

März
Johann Georg Neundorfer, Bamberg, 84 Jahre; Prof. Dr. Heinz Tischer, Bayreuth, 83 Jahre; Armin Hacker, München, 70 Jahre; Werner Bruckmayer, Landshut 65 Jahre; Werner Schäfer, München, 65 Jahre; Elisabeth Alt, München, 60 Jahre; Rolf Böhm, Breitbrunn, 60 Jahre; Sigmund Edenhofer, München, 60 Jahre; Georg Sperber, Sulzbach-Rosenberg, 60 Jahre; Nanne Wienands, Schwarzenbach/Saale 60 Jahre

April
Viktoria Kern, Penzberg, 86 Jahre; Josef Bierbichler, Münsing, 65 Jahre; Dr. Marion Gaffke, Augsburg, 60 Jahre
mering, 65 Jahre; Heiner Frank, Weilheim, 60 Jahre; Klaus Franz, Würzburg, 60 Jahre; Rudolf Sopper, Bamberg, 60 Jahre

Militärjustizopfer

Kein Täter wurde verurteilt

Im Februar zeigte die Gedenkstätte KZ Neuengamme im Hamburger Rathaus eine Ausstellung über die Hamburger Opfer der faschistischen Militärjustiz. Hamburg war eine Hochburg der Militärgerichtsbarkeit. Allein in dieser Stadt gab es 43 Kriegsgerichte.

Sie fällten über 200 Todesurteile, darunter 91 wegen Fahnenflucht, 40 wegen Fahnenflucht in Verbindung mit anderen Delikten, 24 wegen Wehrkraftzersetzung.

Hinrichtungsstätten waren das Untersuchungsgefängnis am Holstenglacis und die Schießanlage Höltigbaum in Rahlstedt. Betroffen waren nicht nur deutsche Soldaten, sondern auch Kriegsgefangene aus den von Nazideutschland besetzten Gebieten, z.B. im Lager Sandbostel.

Nach dem Krieg gab es einige Prozesse gegen einzelne Kriegsrichter. Die Ausstellung betont aber ausdrücklich: In Westdeutschland wurde nach 1945 kein einziger Wehrmachtsrichter rechtskräftig verurteilt. Die Ausstellung wurde auch von der Hamburgischen Bürgerschaft unterstützt.



Gedenkstätte Schießplatz Höltigbaum
Foto: Denkmalschutzamt Hamburg

Alle Fraktionen hatten im vergangenen Jahr die Errichtung eines Deserteur-Denkmals befürwortet.

hjm

»Streetwear Tostedt« wird aufgelöst

Der Streetwear-Laden des wegen Totschlags vorbestraften Neonazis Stefan Silar in Todtglüsingen bei Tostedt (Kreis Harburg) wird aufgelöst. Der Vermieter will das Haus zu einem Wohnhaus umbauen. Das bedeutet aber nicht das Ende der ultrarechten Szene in Tostedt und Umgebung. Schon seit einigen Jahren gibt es Tostedt selbst ein zweites Szenelokal, dessen Gastwirt mit Glatze und Thor-Steinar-Kleidung auftritt. hjm

Abschiebung verhindert

Der Gymnasiast Ayodele Medaiyese aus Nigeria und die Gymnasiastin Melania Sarkissian, eine Armenierin aus Aserbaidschan, beide 18 Jahre alt, werden nicht abgeschoben. Beide sollten ausgewiesen werden, obwohl sie bestens integriert waren. Deswegen hatte es heftige Proteste in den betroffenen Schulen gegeben. Die Härtefallkommission entschied nun einstimmig, dass die beiden nicht abgeschoben werden sollen. Diese Einstimmigkeit war notwendig, sonst wären sie ausgewiesen worden. Sogar zum Ändern des Grundgesetzes genügt eine Zwei-Drittel-Mehrheit. Aber die Abschiebung kann nur einstimmig verhindert werden, als wenn es dabei für Hamburg um Leben und Tod ginge. hjm

Stolpersteine für französische Zwangsarbeiter

Am 27. Januar gab es im Technischen Rathaus in Altona eine Gedenkfeier für französische Zwangsarbeiter, die im Lager Norderstraße während der Bombennächte im Juli 1943 ums Leben kamen. Gleichzeitig verlegte der Kölner Künstler Gunter Demnig in dieser Straße 13 Stolpersteine. Ein paar Worte sprachen Nachkommen der Zwangsarbeiter, Bezirksamtsleiter Jürgen Warmke-Rose und Frankreichs Generalkonsulin Sylvie Massière. hjm

Noch to hebben

Dat duurt nich lang, denn is ok de twete Oploog vun'n plattdüütsche Kommunistische Manifest utverköfft. Man noch sünd welk to hebben. Dat köst jümmer noch negen Euro. Griept man fix to, ehrdat keen mehr dor sünd! Mail: hjm-harburg(at)gmx.de hjm

Mutter und Sohn kämpften gemeinsam

Gedenken an Heinz Prieß

Am 10. Februar wurde in der Wellingsbütteler Landstraße 243 ein Stolperstein für Heinz Prieß eingeweiht. Wenn wir Heinz Prieß' gedenken, dann auch seiner Mutter Marie, weil sie es gemeinsam waren, die den Kampf gegen den Faschismus aufnahmen.

Marie Prieß, geboren 1885, heiratet 1908 den Schauermann Carl. Im selben Jahr wurde ihr Sohn Victor geboren und 1911 Bruno. Zu Beginn des Ersten Weltkrieges wurde Carl als Soldat eingezogen.

Marie wohnte während der Kriegszeit bei ihrer Mutter, die sie sehr unterstützte. In der November-Revolution 1918 wurden Arbeiter- und Bauernräte aufgestellt, Marie gehörte zu den Gewählten. Sie setzte sich in der Fahrenkruger Mühle, in der sie arbeitete, für höhere Löhne ein, aber auch dafür, dass die Frauen Arbeitskittel bekamen.

Als energische Kriegsdienstverweigerin organisierte sie sich zuerst in der USPD, später dann in der KPD, für Frauenpolitik. Marie glaubte fest, die neue Republik würde eine sozialistische werden. Früh sah sie den Faschismus erstarken, und sie wehrte sich dagegen, indem sie die

Fortsetzung nächste Seite



Stolperstein für Heinz Prieß, verlegt am 10. Februar 2013 *Christiane Chodinski*

HAMBURG

Fortsetzung

Menschen um sich herum darüber aufklärte.

Die Familie zog bald nach Hamburg. Hier kam 1920 Heinz auf die Welt. Er wurde in die Volksschule Burgstraße eingeschult und schloss sich mit zehn Jahren den Roten Jungpionieren an. Heinz war noch Schüler, als seine Brüder Bruno und Victor erstmals inhaftiert wurden. Dazu Marie: »Die brutalen, grausamen Verhaftungen seiner Brüder, die monatelangen schikanösen Haussuchungen waren furchtbare seelische Grausamkeiten für ihn.« Obwohl guter Schüler ließen seine Leistungen nach. Sein Lehrer, Herr Wartenberg, sprach ihn daraufhin an und half. Victor konnte einige Tage bei ihm untertauchen, bevor er Ende 1933 emigrierte.

Auch Bruno konnte 1934 fliehen und traf in Kopenhagen seinen Bruder Victor. Beide schlossen sich den Internationalen Brigaden in Spanien an. Bruno fiel am 21. September 1938 am Ebro. Victor wurde interniert, flüchtete, kämpfte in Nordafrika in der britischen Armee gegen die Deutschen. Er Lebte einige Jahre in der Sowjetunion, wurde dort 1947 zum Tode verurteilt, später begnadigt und kehrte 1956 zurück nach Hamburg. Er engagierte seitdem in der IG Metall.

Zurück zu Heinz Prieß. Nach dem Volksschulabschluss begann Heinz eine Lehre als Autoschlosser. Von seinem Lehrer Ernst Mittelbach ermutigt, studierte er ab 1938 an der Technischen Hochschule in Hamburg. Im selben Jahr starb sein Vater, doch mit Unterstützung seiner Mutter schaffte Heinz 1940 das Examen und wurde im folgenden Jahr als Flugzeugkonstrukteur bei Blohm & Voss angestellt. Marie und Heinz schlossen sich der Widerstandsorganisation Bästlein-Jacob-Abshagen an.

Sie versteckten 1942 zwei aus der UdSSR zurückgekehrte Kommunisten, Erna Eifler und Wilhelm Fellendorf. Ernst Mittelbach war bereit, die Flüchtenden aufzunehmen, später war eine Kleingartenlaube in Billstedt der Unterschlupf.

Am 15. Oktober 1942 wurden Heinz und seine Marie Prieß verhaftet, die Anklage lautete »Feindbegünstigung« und »Vorbereitung zum Hochverrat«. Durch die Bombenangriffe im Juli / August 1943 war das Gefängnis stark beschädigt. Mit der Auflage, sich nach zwei Monaten wieder zu melden, bekamen Beide zusammen mit 90 anderen Häftlingen Hafturlaub.

Heinz und Marie kehrten nicht zurück. Die Polizei notierte dazu: »Die Priess hat sich Anfang August bis 30.09.1943 bei einer Familie Kruppa, Hamburg Klein-Borstel, Wellingsbüttler Landstraße 143 aufgehalten. Als Kruppa sie anmelden wollte, ist sie angeblich zu Verwandten gefahren. In Hamburg hat sie sich als Bombengeschädigte ausgegeben. Es wird vermutet, dass sie sich als solche evtl. unter falschem Namen Betreuungskarten, Geld, Bezugsscheine und Lebensmittelkarten erschwindelt hat und versuchen wird, ins Ausland zu gelangen. Die P. ist in Begleitung ihres Sohnes.«

Die Mutter befreit, aber Heinz mußte sterben

Am 20. Juni 1944 wurden beide wieder verhaftet und vier Monate später vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt. Marie kam bald ins Zuchthaus Waldheim. Dort befreite sie am 7. Mai 1945 die Rote Armee. Lange hoffte sie, dass auch Heinz überlebt hat. Erst im Oktober, erfuhr sie auf ihrem Rücktransport nach Hamburg, dass die Faschisten Heinz am 12. März 1945 in Brandenburg-Görden hingerichtet hatten.

Am 8. September 1946 wurde seine Urne im Ehrenhain auf dem Ohlsdorfer Friedhof beigesetzt. 28 Jahre später, am 20. Juli 1974, wurde für Bruno ein Urnenkrug mit der Erde vom Ebro an der Seite von Heinz Prieß eingebettet. Seine Mutter Marie, sein Bruder Victor und über 80 Kameradinnen und Kameraden nahmen an dieser Gedenkfeier teil.

Marie Prieß über die letzte Begegnung mit ihrem Sohn: »…ein Kriminalbeamter kam zu uns herein, gab Heinz eine Zigarette, knüpfte eine Unterhaltung an, die damit endete, dass die Opfer, die wir brächten, nutzlos wären, dass Deutschland zweifellos siegen würde und auch siegen müsste. In aller Ruhe lächelnd erwiderte Heinz, dass der große Zusammenbruch unabänderlich sei und dann ein Deutschland geschaffen werde, für das es sich lohne zu leben, aber auch zu sterben. Nach seinem Versprechen, ruhig und tapfer zu sein und ›Gute Nacht, Mutter‹ mussten wir uns trennen – für immer.«

Christiane Chodinski

März bis Mai:

Hamburger VVN-Termine

Sonnabend, 16.03., 13.00 Uhr
»Gedenken am Höltigbaum« für die dort auf dem Schießstand während des Zweiten Weltkrieges erschossenen Wehrmachtssoldaten - Veranstalterin: Bündnis für ein Hamburger Deserteursdenkmal
Ort: Haus der Wilden Weiden, Eichberg 63, 22143 Hamburg

Sonntag, 24. März, 17.00 Uhr
Film: »Kinderland ist abgebrannt«, D 1998, von Sibylle Tiedemann und Ute Badura, 94 Min.
Ort: Kommunales Kino METROPOLIS, Kleine Theaterstr. 10

Sonnabend, 20. April, 15.00 Uhr
Gedenkfeier für die Kinder vom Bullenhuser Damm. Am 20. April 1945 wurden in der Hamburger Schule am Bullenhuser Damm 20 jüdische Kinder erhängt.
Ort: Turnhalle der Schule am Bullenhuser Damm, Bullenhuser Damm 92, 20539 Hamburg

Sonntag, 28. April, 17.00 Uhr
Film und Gespräch: 2. Mai 1933 - Die Zerschlagung der Gewerkschaften
»Da ist nirgends nichts gewesen außer hier«, ein Doku- Film von Jan Schütte, BRD 1983, über den kaum bekannten »Mössinger Generalstreik« am 30./31. Jan. 1933.
Weiter zeigen wir ein filmisches Kurzporträt über den Umgang des Naziregimes mit den Gewerkschaften im Spiegel von Wochenschauen rund um den 1. Mai 1933.
Gast: Katharina Ries-Heidtke, Betriebsrätin des Asklepios-Klinik-Konzerns, Hamburg. Sie schlägt einen aktuellen Bogen zu den Ereignissen von 1933 und heute: Was haben wir für Lehren aus dem Verhalten der Gewerkschaften damals gezogen und wie können wir Rassismus und Fremdenfeindlichkeit heute sowohl im Betrieb als auch in der Gesellschaft entgegentreten? Eine Veranstaltung der VVN - BdA Hamburg in Kooperation mit dem Ver.di Arbeitskreis Anti-Rassismus Hamburg

02.-04. Mai
VVN-BdA Stand auf dem Kirchentag in Hamburg (Messehallen)

02.-04. Mai
Klotzfest «Sag Nein» am Stephansplatz - Veranstalterin: Bündnis für ein Hamburger Deserteursdenkmal

Donnerstag, 3. Mai, 16.30 Uhr
Konzert und Zeitzeugengespräch mit Esther Bejarano, musikalische Begleitung am Akkordeon Efim Kofmann
Ort: Kirchentag in Hamburg (Messegelände Hall A3)

Freitag, 10. Mai, ab 11:00 Uhr
Mai 1933 – Zuerst brannten die Bücher…
Verboten – verbrannt – vergessen?
Hamburg liest gegen das Vergessen – Lesung aus den verbrannten Büchern an verschiedenen Plätzen der Stadt

Sonntag, 12. Mai, 11.00 Uhr
Gedenken für die Opfer von Faschismus und Krieg
Nie wieder Faschismus - Nie wieder Krieg - zum Tag der Befreiung »8. Mai 1945«
Ort: Friedhof Ohlsdorf, gegenüber Krematorium »Hamburger Bestattungsforum Ohlsdorf«, am Mahnmal für die Opfer von Faschismus und Krieg

Dienstag, 14. Mai, 19.00 Uhr
Film und Gespräch »Der Tag, an dem die Bücher brannten«. Dokumentation, D 2003, von Henning Burk, 45 Min., Gast: Helga Obens
Ort: Kommunales Kino METROPOLIS, Kleine Theaterstr. 10

Mittwoch, 15. Mai, ab 11:00 Uhr
Mai 1933 - Zuerst brannten die Bücher…
Verboten - verbrannt - vergessen?
13. Marathon-Lesung aus den verbrannten Büchern - Hamburg liest gegen das Vergessen
Ort: Gedenkplatz der Bücherverbrennung am Isebek-Kanal, Kaiser-Friedrich-Ufer/Ecke Heymannstraße

Redaktion: H. J. Meyer
Landesgeschäftsstelle VVN-BdA
Landesvereinigung Hamburg
Hein-Hoyerstraße 41,
20359 Hamburg
Telefon: 040 / 31 42 54
E-Mail: vvn-bda.hh@t-online.de

Wir bitten um Spenden für den Hamburger VVN-BdA!
Spendenkonto:
VVN-BdA Hamburg, Haspa,
BLZ 200 505 50
Kto.-Nr. 1206 / 127 183

Schülerinnen und Schüler der Namensträgerschulen ehren die Mitglieder der »Roten Kapelle«

Annäherung an Widerstand und Zivilcourage

Am 16. Januar fand eine Gedenkveranstaltung in der – gut besuchten – Aula der Berliner Mildred-Harnack-Schule statt, die durch Inhalt und eine besondere Form den Anwesenden im Gedächtnis bleiben soll. Denn die Veranstaltung erinnerte an die sich zum 70. Mal jährende Verfolgung von weit mehr als 120 Gegnern des Naziregimes.

Unter dem Titel »Widerstand und Zivilcourage – Auf den Spuren der Roten Kapelle« veranstalteten die Namensträgerschulen von Mitstreitern aus der Roten Kapelle – die Mildred-Harnack-Oberschule Berlin-Lichtenberg, das Cato-Bontjes-van Beek-Gymnasium Achim, die Hans-und-Hilde-Coppi-Oberschule Berlin-Karlshorst sowie die Libertasschule Löwenberg – in Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Deutscher Widerstand eine wahre Zeitreise.

Nach begrüßenden Worten der Direktorin der ausrichtenden Schule, Christina Reich, hielt Hans Coppi, der Sohn von Hans und Hilde Coppi, eine bewegende Festrede. Die Schüler gestalteten ein Programm mit musikalischen, darstellenden und medialen Beiträgen. Allen Darbietungen war eines bei aller Vielfalt gemeinsam – die Verbindung eines guten Maßes an Emotionalität mit einem nicht leichtfüßigen Inhalt, sondern einem schwer tragenden Erbe. Das alles verlangte den Jugendlichen erhebliches Einfühlungsvermögen ab, und doch konnten die Ergebnisse sich sehen lassen.



Die Moderatoren sprechen mit Schülerinnen über ihre Projektarbeit

Alle Fotos: Jutta Harnisch



Schüler/innen präsentieren Szenen aus Bertolt Brechts »Furcht und Elend des Dritten Reiches«

Dr. Stefan Krolle, der Direktor des Cato-Bontjes-van Beek-Gymnasiums in Achim, stellte in eindrucksvoller Weise die Namenspatronin vor und gab einen Einblick in die Arbeit des an der Schule angesiedelten Cato-Archivs. »Wir wollen an das Feuer erinnern, nicht an die Asche«, so der dem Archiv angedachte Leitspruch aus Feuchtwangers Feder. Und so sprach er von Tatsachen, die vielen Anwesenden unbekannt waren: Wie etwa die Geschichten um den früher in Ost- und Westdeutschland verehrten Anatomen Hermann Stieve, der von 1935-1952 das Anatomische Institut an der Charité leitete. 1948 hatte die VVN-Hochschulgruppe an der Humboldt-Universität gegen seine erneute Berufung protestiert. Seine Büste ist indes in den Keller verbannt – warum?, trat doch Stieve zeitlebens nicht in die NSDAP ein und machte stets allein der Wissenschaft den Hof.

So zumindest will man ihn von Seiten der Charité mit zeitgemäß-relativierender Attitüde gesehen wissen. »Kontrovers« werde heute über Stieve gesprochen, heißt es und man bekennt sich zu ihm, der er »großer Anatom« war, obgleich man eingestehen muss, dass »ihm seine Forschung an den Organen hingerichteter Frauen (auch der Roten Kapelle, T.J.) aus Berlin-Plötzensee auch den Vorwurf eingetragen [hat], von der offensichtlichen Unrechtsjustiz des Nationalsozialismus profitiert und – zumindest nach heutigen ethischen Maßstäben – ethische Grenzen im Umgang mit Toten überschritten zu haben.«

(Siehe http://anatomie.charite.de/geschichte/1935_1945/)

Auf andere Art bewegend waren die verschiedenen Darbietungen: Es gab eine Szene aus Brechts »Furcht und Elend des Dritten Reiches«, Instrumentalmusik, einen Filmbeitrag einer Schülerin aus Marseille (wie sie die Schule und auch die Geschichte weiter durch ihr Leben begleitet), eine Präsentation über eine Projektwoche zu Libertas Schulze-Boysen in Löwenberg und einen (fiktiven) letzten Brief von Mildred Harnack. All diese Beiträge wurden durch zwei Moderatoren aus der 12. Klasse begleitet und nach Möglichkeit vertieft. So sprachen sie mit den Schülerinnen und Schülern über ihre Namensgeber, die Projekte an den Schulen und die Gefühle zu den Namensgebern.

Eines zeigt uns diese Veranstaltung sicher, dass nämlich, anders als man erwarten könnte, ein Interesse bei den Schülern besteht, sich fernab der Leitmedienkultur mit Geschichte zu befassen – dessen sollten wir uns bewusst sein und das sollten wir zu nutzen wissen.

Man würde der Sache und der Veranstaltung nicht gerecht werden, würde man sie mit einem oder wenigen Worten beschreiben wollen. Die Ausstellung und die Veranstaltung war vieles, doch eines ganz gewiss: In aller Bewegtheit und Trauer um die Geschehnisse vergangener Zeiten ist es wichtig, die Erinnerung zu bewahren und zu verteidigen. Dazu tragen derlei Veranstaltungen in jedem Falle bei. Am Ende blieb die ewig helle Mahnung, die niemals reines Nachsprechen sein kann: Nie wieder, nie wieder darf so etwas geschehen! Unweigerlich machte sich diese Stimmung breit und man trug sie leicht nach Hause. Sie war ein Nährboden für ein verheißungsvolles Gefühl auf dem Heimweg, sie war der Nährboden für eine Gewissheit, die Geschichte als Auftrag zu verstehen, um in einer friedvollen und freien Welt zu leben. Dessen dürfen wir nicht müde werden.

Tobias Paul Jachmann, VVN-BdA Lichtenberg

BERLIN

Die zweite Generation – Kinder von antifaschistischen Widerstandskämpfern und Emigranten berichten:

Eindrucksvolle Konferenzbeiträge veröffentlicht

Nun liegt bereits eine Broschüre zu der von der Berliner VVN-BdA einberufenen und dank der Kooperation mit Helle Panke ermöglichten Tagung im Oktober 2012 vor. Sie fand eine große Resonanz und wurde zum Podium vor allem für die Nachfahren von Antifaschisten, die ihre Erinnerungen und Deutungen vortrugen und davon berichteten, was sie in ihren antifaschistischen Familien erlebt, aber auch vermisst haben.

Noch Jahrzehnte danach lasten die Jahre des Faschismus und die unterschiedlichen familiären Erfahrungen des Umgangs mit Widerstand und Verfolgung auf der sogenannten zweiten Generation. Deren Vielschichtigkeit wird, das war eine Erkenntnis der Tagung, bei weitem nicht durch diesen Begriff entsprochen. Die Zeitzeugen der Tagung kamen als Kinder von Müttern und Vätern, die innerhalb von Hitlerdeutschland und in ganz Europa Widerstand leisteten oder rechtzeitig ins rettende Exil flüchten konnten, nach Verhaftung, Folter und Deportation 1945 befreit wurden oder erst 1955/56 aus dem sowjetischen Exil in der DDR eintrafen. Die persönlichen, auch akademisch verdichteten Berichte und bewegenden Erinnerungen, immer wieder ergänzt durch Wortmeldungen aus dem Publikum, fügten sich so zu einem bemerkenswerten Bild west- und ostdeutscher und gemeinsamer Geschichte und Gegenwart zusammen.

Zu dieser offenen Atmosphäre trugen die nunmehr veröffentlichten Beiträge bei. Die Wissenschaftler Heinz Sünker, Armin Nolzen und Dieter Nelles fassten ihre Forschungen zu über 120 Familien des politischen Widerstands und die Sozialisation des Nachwuchses vor und nach 1945 im Raum Wuppertal zusammen.

Danach berichteten Christa Bröcher und Klara Tuchscherer über die Diskriminierung und erneute Verfolgung ihrer in der VVN organisierten Eltern. Sie hatten sich später wie ihre Eltern überwiegend in politischen Zusammenhängen bewegt. In London, so Merilyn Moos und Irene Fick, sah die Kindheit und Jugend der Nachfahren deutscher Emigranten anders aus, hatte man sich in »second generation«-Netzwerken organisiert. Bei der Suche nach der verschwiegenen Vergangenheit gibt es Ähnlichkeiten und Unterschiede zu deutschen Familien. Helene Maimann kam aus Wien, um ein dortiges Projekt vorzustellen.

Sie verdeutlichte den Zusammenhang und den Zusammenhalt von meist jüdischen Emigrantenkindern, die sich vielleicht wegen der stärkeren Politisierung in der Kindheit zu teils einflussreichen Persönlichkeiten im kulturellen Wiener Alltag entwickelten. Eine Form nachträglicher Zusammenführung, so Irene Runge, war der jüdische Treffpunkt »Wir für uns«, der von 1986 bis 1989 bei der Ostberliner Jüdischen Gemeinde die Nachfahren säkularer jüdischer DDR-Kommunisten und Sozialisten vereinte und als Jüdischer Kulturverein nach 1989 vor allem die elterliche erste Generation bei der Verarbeitung der politischen Wende unterstützte.

Wolfgang Herzberg referierte über verschiedene Wege von Nachkommen der Nazi-Verfolgten aus der DDR, über die mentalen Voraussetzungen und Folgen, die dauerhaften Verletzungen und die Unmöglichkeit der Auflösung von historischen Widersprüchen. Die Nachfahren des sowjetischen Exils sind bereits seit einigen Jahren auf dieser Spur. *(Siehe Pankower Vorträge Heft 148 – Das verordnete Schweigen – und Heft 167 – Nach dem Schweigen).* Von deren Problemen berichtete Oswald Schneidratus, bevor die Tagung mit dem Ausblick auf ein weiteres Projekt der zweiten Generation endete.

Irene Fick, Merilyn Moos, Hans Coppi und Irene Runge (v.l.n.r.) während der Konferenz »Die zweite Generation - Kinder von antifaschistischen Widerstandskämpfern und Emigranten« im Oktober 2012 in Berlin. *Foto: Jutta Harnisch*

Micha Brumlik und Irene Dieckmann fassten erste Erkenntnisse über die widersprüchliche Alltäglichkeit der Nachfahren jener zusammen, die aus dem westlichen Exil in die DDR kamen, um den Sozialismus auf deutschem Boden zu errichten, benannten Überraschendes und erziehungswissenschaftliche Schwierigkeiten.

Pankower Vorträge – Heft 175, Preis 3 Euro, Herausgeber und Vertrieb: »Helle Panke« e.V. – Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin, Kopenhagener Str. 76, 10437 Berlin, Email: info@helle-panke.de

Hans Coppi, Irene Runge

Ein Abend mit der Berliner VVN-BdA…

Antifa – Jour fixe

… immer am 3. Montag im Monat,
immer im Café Sibylle,
immer ab 18.30 Uhr
Karl-Marx-Allee 72
10243 Berlin
U 5 Strausberger Platz

Montag, 18. März,
Georgia Peet-Tanewa (1. August 1922 – 1. Juli 2012)
Von *малко търново** bis Berlin
- über Italien, Frankreich, Warschau, München, Sofia, Auschwitz, Ravensbrück

*Malko Tarnovo, Bulgarien

»50 Jahre später habe ich mich in einem Land wiedergefunden, in dem ich nie leben wollte«.

Annäherung von Freund/innen mit Bild- und Tondokumenten an ihr bewegtes Leben, das durch die politischen Verhältnisse genauso wie durch ihre politische Einstellung als Kommunistin und ihre kämpferische konsequente Haltung geprägt war.

Montag, 15. April,
»Platz für den roten Feuerwehrmann«
Erich Weinert zum 60. Todestag
Im Jahr seines 60. Todestages wollen wir uns erinnern an einen Dichter, der fast vergessen ist. In der DDR hoch geehrt, steht heute in den Lesesälen der größten Berliner Bibliothek kein einziges Buch von ihm mehr im Regal. Dabei war er ein bedeutender Satiriker, Lyriker und Dokumentarist – und Antifaschist.

Redaktion: Dr. Hans Coppi
Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin
Telefon: 030 / 29 78 41 78
Fax: 030 / 29 78 43 78
Internet:
http://berlin@vvn-bda.org
E-Mail: berlin@vvn-bda.org

Wir bitten um Spenden für die Berliner VVN-BdA!

Spendenkonto:
Postbank Berlin
Konto-Nr.: 315 904 105
BLZ: 100 100 10

Gemeinsam entschlossen blockieren und verhindern

Wachsender Widerstand gegen NPD-Aufmarsch

Am 1.Mai wollen Neonazis in Frankfurt am Main aufmarschieren. Gegen diese Provokation entwickelt sich massiver Widerstand.

Das breite Bündnis »Antifaschistischer Ratschlag Rhein-Main«, das sich aus dem im November stattgefundenen Ratschlag entwickelt hat, ruft auf: Den NPD-Aufmarsch »gemeinsam entschlossen blockieren!« Gleichzeitig werden in einer Erklärung »auch andere Aktionsformen« begrüßt.

Den Aufruf unterstützen (Stand Ende Februar) bereits über 50 Organisationen und Initiativen, darunter Gewerkschaftsgliederungen, die DGB-, IG Metall-, Verdi- und GEW-Jugend, Falken, SDAJ, Grüne Jugend, StadtSchülerInnenRat, autonome antifa und weitere Antifa-Gruppen, Kommunale Ausländervertretung, attac, die Grünen Darmstadt, Bündnis für Vielfalt und Toleranz Rheinland-Pfalz, regionale und lokale Bündnisse gegen Rechts und die VVN-BdA. Die Liste der Unterstützer wächst weiter.

Bereits im Januar beim DGB-Neujahrsempfang hatte Frankfurts DGB-Vorsitzender Harald Fiedler angekündigt, mit dem Frankfurter »Römerbergbündnis«, dem der DGB, die beiden großen Kirchen, die Jüdische Gemeinde und der Stadtjugendring angehören, »gemeinsam Wege zu finden, dies (den Aufmarsch) zu verhindern«.

pcw



Zum 100. Geburtstag von Ettie Gingold

Eine gelungene Matinee

Den 100. Geburtstag von Ettie Gingold nahm die Ettie-und-Peter-Gingold-Erinnerungsinitiative zum Anlass, zur Erinnerung an diese mutige und kämpferische Frau (siehe auch »Das Porträt« in dieser Ausgabe) zu einer Sonntags-Matinee in das Frankfurter Titania-Theater einzuladen.

Die in Zusammenarbeit mit dem Freien Schauspiel Frankfurt durchgeführte Veranstaltung fand großes Interesse. Mit fast zweihundert Besuchern war der Theatersaal voll besetzt. Vor allem aber stießen Inhalt und Ablauf sowie die ganze Atmosphäre der Matinee auf geradezu begeisterte Anerkennung.

Das war in erster Linie den Mitwirkenden zu verdanken: Den Mitgliedern des Schauspielensembles, Bettina Kaminski und Naja Marie Domsel, die zusammen mit Gingold-Enkel Joscha die Lesungen durchführten, der von Mathias Meyers moderierten Gesprächsrunde – und ganz besonders der Gingold-Freundin, Auschwitz-Überlebenden und Sängerin Esther Bejarano, die begleitet von ihrem Sohn Joram und dem Sänger Kutlu Yurtseven von der Gruppe Microfone Mafia, den musikalischen Teil bestritten.

Nicht nur die Porträts von Ettie Gingold auf der Bühnenleinwand, die Texte von und über Ettie Gingold, die treffend ausgesucht und vorgetragen wurden, auch die Bild-und-Ton-Ausschnitte aus Interviews mit Ettie Gingold und nicht zuletzt die kurze »Laudatio« des Ettie-Gingold-Schwagers Siegmund, der mit Familie eigens aus Paris angereist war, brachten allen Matinee-Besuchern diese starke und kämpferische, ebenso einfühlsame wie hilfsbereite Frau – »unsere Mutter Courage«, wie Siegmund Gingold sie nannte – noch einmal ganz nahe. Die Matinee, die auch die Förderung durch das Kulturdezernat der Stadt Frankfurt gefunden hatte, verbreitete eine geradezu emphatische Stimmung. Die Zusammenarbeit mit dem Freien Schauspiel Frankfurt, das sein Haus zur Verfügung gestellt hatte, trug sehr wesentlich zu diesem Erfolg bei. Veranstalter und Teilnehmer konnten vollauf zufrieden sein.

Peter Christian Walther



Matinee Ettie Gingold : Siegmund Gingold am Mikrofon, dahinter (von links nach rechts) die Teilnehmer/innen der Gesprächsrunde: Esther Bejarano, Katrin Raane, Alice Czyborra (Ettie Gingolds älteste Tochter) und Mathias Meyers von der Gingold-Erinnerungsinitiative. Auf der Leinwand ein Porträtbild von Ettie Gingold. *Bild: Gingold-Initiative*

»Blut muss fließen - Undercover unter Nazis«

Filmtage in Frankfurt

In Frankfurter Programmkinos und in Schulen wird im April der Dokumentarfilm »Blut muss fließen – Undercover unter Nazis« gezeigt.

Der Film von Peter Ohlendorf zeigt die Recherchen des »Thomas Kuban«, d.h. gesellschaftliche Hintergründe und Auswirkungen der Neonazi-Konzerte, und kritisiert Sicherheitsbehörden, welche die Wirkung solcher Konzerte relativieren. Er stellt aber auch Initiativen vor, die sich gegen Neonazi-Konzerte wehren.

Der Regisseur kommt am 18. April zu Gesprächen mit dem Publikum und will dabei auch örtliche Gegebenheiten ansprechen. Am 23. April diskutieren nach den Filmvorführungen Leute der Antifaschistischen Bildungsinitiative mit dem Publikum.

Die Veranstaltungen finden am 18. April um 10 Uhr im Filmforum Höchst (Emmerich-Josef-Str. 46a) und um 19.30 Uhr in der Pupille (Studierendenhaus Campus Bockenheim), am 23. April um 14 Uhr und um 19.30 Uhr im Naxos-Kino (Wittelsbacherallee 29) statt.

An diesen Tagen wird der Film auch in vier Frankfurter Schulen gezeigt.

Veranstalter der Filmtage sind das »Offene Haus der Kulturen« und Naxos-Kino, unterstützt von Organisationen, Initiativen und Institutionen, darunter der StadtSchülerInnenRat, Jugendring, Uni- AStA, Gewerkschafter und VVN-BdA.

wr.

Redaktion: P. C. Walther

Landesverband der VVN-BdA Hessen, Eckenheimer Landstraße 93, 60318 Frankfurt a. Main, Telefon und Fax: 069 / 5 97 05 24

Wir bitten um Spenden für den Landesverband Hessen! Spendenkonto: VVN-BdA Hessen Postbank Frankfurt Kontonr. 49 330 - 602 , BLZ 500 100 60

Landtagsabgeordnete in Hessen

Noch mehr mit brauner Vergangenheit

Angestoßen von einer Studie über die Nazivergangenheit von Abgeordneten der ersten Landtage in Hessen nach 1945, welche die Linksfraktion in Auftrag gegeben hatte, wurde vom Landtag eine Historische Kommission zur näheren Untersuchung der »NS-Vergangenheit hessischer Landtagsabgeordneter« beauftragt.

Diese Kommission legte nunmehr ihrerseits erste Ergebnisse vor. Danach waren noch weitaus mehr hessische Politiker ehemalige NSDAP-, SA- oder SS-Mitglieder, zum Teil in hohen Funktionen und in Verbrechen verwickelt, als bisher bekannt. Ihre Zahl ist auf 92 gestiegen. Die Untersuchungen sollen fortgeführt werden.

SPD und Linke sprachen sich dafür aus, auch Abgeordnete namhaft zu machen, die in der Nazizeit Widerstand geleistet haben. Dieser Vorschlag kam auch schon von der VVN-BdA.

pcw

Internationale Wochen gegen Rassismus im März in Offenbach

»Laut gegen Nazis«

Offenbach wird eine der deutschen Städte sein, die sich 2013 an der Kampagne »Laut gegen Nazis. Wir stehen auf! Für eine Welt ohne Menschenverachtung« beteiligen.

Diese Kampagne, entstanden 2012 in Hamburg und begleitet von prominenten und potenten Sponsoren, findet in diesem Jahr außer in Offenbach auch in Erlangen, Glinde, Hamburg, Leipzig, München und Oschatz statt. Das im vergangenen Jahr entstandene Offenbacher Bündnis »bunt statt braun« (siehe »*antifa*« März/April 2012) ist hier im Kreis der Organisator mehrerer Aktivitäten in den Monaten März und April. Am 21. März gibt es im Ledermuseum ein Konzert mit drei HipHop-Bands: der Offenbacher »Ohne Fronten Crew«, der Rapperin »Zeda Faust« und der Gruppe »Azzis mit Herz“. Zeda macht zugleich von März bis Mai an mehreren Offenbacher Schulen Songwriter-Workshops. Am 20. März wird in der Georg-Büchner-Schule Rodgau Jügesheim für Schüler/innen das Theaterstück »ÜBER das LEBEN oder meine Geburtstage mit dem Führer« gezeigt. Weiterer Schwerpunkt wird die Ausstellung »Opfer rechter Gewalt seit 1990« sein, die vom Potsdamer Verein Opferperspektive und der Friedrich-Ebert-Stiftung entwickelt wurde. Sie zeigt auf über 170 einzelnen Tafeln die Bilder und Schicksale von 169 Todesopfern rechter Gewalt. Die Ausstellung ist mit umfangreichem pädagogischem Begleitmaterial ausgestattet.

Von 18. bis 28. März steht die Ausstellung im Foyer des Offenbacher Rathauses. Vom 2.bis 13. April zeigt das Bündnis die Ausstellung dann in der Klaus-von-Stauffenberg-Schule in Rodgau Dudenhofen. *B.L.*

Bei Fragen zur Aktion oder Ausstellung gibt Auskunft: Barbara Leissing: b.leissing@tele2.de



Unterschriftenaktionen und Informationsveranstaltungen

Ziel: Umbenennung Hindenburgstraße

In Darmstadt hat das »Bündnis gegen Rechts Darmstadt und Umgebung« die Initiative ergriffen, die Umbenennung der Hindenburgstraße zu erwirken. In dem Bündnis arbeiten unterschiedliche Verbände, Organisationen und Initiativen zusammen, darunter die Hochschulen, der Ausländerbeirat, Parteien, Migrantenvereine, Einzelgewerkschaften, der DGB, die VVN-BdA, Anti-Nazi-Initiativen, die Initiative Denkzeichen Güterbahnhof, verschiedene Jugendorganisationen und Einzelpersonen. Alle einigt die Arbeit gegen die extreme Rechte in Südhessen.

»Wir halten es für ein falsches Signal, dass es in unserem Darmstadt, einer offenen Stadt, in der viele Kulturen leben, eine Straße gibt, die die Person würdigt, die vor 80 Jahren die Macht an Adolf Hitler übertrug - und dies nicht als seniler Greis, sondern wie wir heute wissen im vollem Bewusstsein, wem er da die Macht übergab.

Deshalb beginnen wir heute am 30. Januar mit der Kampagne ‘Umbenennung der Hindenburgstraße‘. Damit knüpfen wir die Verbindung zwischen der Vergangenheit, dem 30. Januar 33, und der Gegenwart, dem Agieren von Neonazis.«

Mit diesen Worten wurde die Kundgebung am 30. Januar von einer Vertreterin der VVN-BdA als Sprecherin des Bündnisses eröffnet. Danach ging der DGB-Jugendsekretär auf die Machtübertragung an Hitler und die Rolle Hindenburgs ein.

Der anschließende Demonstrationszug führte zum DGB-Haus. Dort beginnt die Hindenburgstraße. Ein Migrantenvereins-Sprecher begründete den Vorschlag des Bündnisses, die Hindenburgstraße in Halit-Yozgat-Straße (ein NSU-Opfer) umzubenennen.

Es folgte eine symbolische Umbenennung der Straße. Während der Demonstrationszug die Hindenburgstraße entlang führte, wurde Straßenschild zu Straßenschild umbenannt.

Endstation war das ehemalige Gestapogefängnis. Dort befasste sich die Vertreterin der Darmstädter Geschichtswerkstatt mit dem 30. Januar 1933 in Darmstadt und den Folgen für die Stadt nach der Machtinstallierung der NS-Diktatur.

In den nächsten Wochen wird das Bündnis Unterschriften für die Umbenennung sammeln. Veranstaltungen zur Person und Rolle von Paul von Hindenburg sollen die Kampagne begleiten. Ziel ist ein Umbenennungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung.

Monika Kanzler-Sackreuther

»Gedenkjahr 2013« – Eine Stadt in aktivem Gedenken

Jugend »Gegen das Vergessen!«

Mit zahlreichen Veranstaltungen begeht die Stadt Darmstadt das Jahr 2013 als Gedenkjahr »Gegen das Vergessen«.

Dazu gehören Aktivitäten nicht nur zu allgemeinen Anlässen wie den Holocaust-Gedenktag, Bücherverbrennung und Reichsprogrammnacht, sondern auch zu lokalen Ereignissen wie den Darmstädter Deportationen, 25 Jahre Neue Synagoge und dem 70. Todestag des Darmstädter Sozialdemokraten Carlo Mierrendorff, der von den Nazis verfolgt wurde.

Das Gedenkjahr wird vielfältig begangen. Zu Beginn wurde am 27. Januar die Ausstellung »Namen statt Nummern« der Gedenkstätte Dachau eröffnet. Das Besondere war, dass sie um vier Darmstädter Biografien ergänzt wurde. Weitere Veranstaltungen, Filme und Ausstellungen schließen sich an. So haben Schülerinnen und Schüler der Justus-Liebig-Schule die unheilvolle Rolle ihrer Schule als Sammel- und Durchgangslager hessischer Deportationen aufgearbeitet und dazu eine Ausstellung konzipiert.

Gleichzeitig behandelt ein Teil der Ausstellung den Einfluss des NS-Staates auf den Schulalltag. Sehr gegenwartsnahes Gedenken präsentiert eine Ausstellung der Amadeu Antonio-Stiftung, die auf Rassismus und Antisemitismus und entsprechende Gewalttaten in der Gegenwart hinweist.

Veranstalter sind neben der Stadt selbst nahezu zwanzig Organisationen, Institutionen, Verbände und Initiativen, darunter auch die Darmstädter Geschichtswerkstatt und vor allem junge Menschen, aktiv vertreten vom Jugendring, der DGB-Jugend, dem StadtschülerInnenrat und einzelnen Schulen. *mks/pcw*